

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Donnerstag, 18. März 1926.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Kf 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährlich . . . 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1926)

Nr. 66

Koalitions-Finale.

Selbstentäußerung ist eine seltene Pflanze und darum fällt den Inhabern der Ministerstühle das Scheiden von ihnen schwer. Dennoch wird nichts anderes übrig bleiben, und wenn diese Reiten in die Hände unserer Leser kommen, ist es um die Koalition vielleicht aus und geschieden, denn es bleibt kein anderer Ausweg. Der gestern Abend abgehaltene Ministerrat hatte nur noch die Aufgabe, formell die Demission des Gesamtministeriums zu beschließen; die neu zu ernennenden Minister standen schon vor der Tür, und wenn ihre Ernennung noch nicht erfolgt ist, so wird dies in den nächsten Stunden geschehen.

Nie war noch eine Regierung so schwach, wie die abtretende, nicht nur wegen der numerischen Schwäche der hinter ihr stehenden Mehrheit, sondern auch, weil diese Mehrheit innerlich vollständig zerfallen war. Aber ihre Minister saßen hoch zu Ross, und die Dr. Robjek, Stříbrný und Dr. Vítovský sprachen hochfahrend und anmaßend, als wäre die Existenz dieser Regierung auf Beton gegründet. Heute hat der Teufel die ganze aufgeblasene Herrlichkeit geholt, die Koalition steckt tief im Morast und kann sich nicht mehr helfen.

Wenn anderswo eine Regierung scheitert, wird ein Parlamentarier mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut und dieser bestimmt seine Mitarbeiter in der Regierung, die er den Parteien entnimmt, die künftig seine Mehrheit im Parlament zu bilden haben. Svehla und der Koalition Regierungskunst hat es zuwege gebracht, daß es nur eine einzige parlamentarische Regierung geben kann, die der allnationalen Koalition. Wenn diese Schiffbruch leidet, dann zwingt die Monopolstellung der allnationalen Koalition dazu, die Mitglieder der neuen Regierung außerhalb des Parlamentes zu suchen. Die tschechoslowakische Republik wird von heute oder morgen an den traurigen Ruhm genießen, in Europa die einzige außerparlamentarische Regierung zu besitzen. Ein paar mehr oder minder taugliche Ressortchefs aus dem Beamtenstande werden berufen werden, oder sind es schon, der durch die Sünden der allnationalen Koalition verschuldeten Impotenz des Parlamentes aufzuhelfen. Als Denkmal der Schmach und Schande der Koalition bleibt eine Regierung von Bürokraten zurück, die Nothelferin sein muß.

Obwohl allen Koalitionsparteien der Abschied von der Regierung schwer fällt und sie ihr heiße Zähren nachweinen, erfolgte ihre Sprengung dennoch in Uebereinstimmung aller, denn alle empfanden das Fortbestehen der Koalitionsgemeinschaft als unerträglich. Die Koalition, wie sie aus den Wahlen hervorging, ist nicht mehr dieselbe, wie sie vorher bestand; die neue Mehrheit ist in noch verstärkterem Maße als ihre Vorgängerin dem Gebote der Verjüngung unterworfen gewesen. Die Klassenfragen innerhalb der Koalition, eine Zerkleinerung von der nationalen Ideologie verhält, brachen sich um so stärker Bahn, je mehr die Parteien der kapitalistischen und kulturellen Reaktion ihre Wünsche und Forderungen in den Vordergrund stellten. So mußte der Augenblick kommen, in dem die tschechischen Sozialdemokraten erkannten, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Parteien des tschechischen Bürgertums nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für sie mit den höchsten Gefahren verbunden war.

Von überall kommen besorgniserregende Meldungen über Betriebseinschränkungen, die eine Zeitlang gebesserte wirtschaftliche Situation droht einer weitreichenden Krise Platz zu machen. Wie groß die Zahl der Arbeitslosen ist, kann nicht abgeschätzt werden, aber es sind ihrer sicher viele Zehntausende, zu denen sich auch noch zehntausende Kurzarbeiter gesellen könnte eine Statistik aufgestellt werden, sie würde ein Bild der furchtbaren Not geben, von der die Arbeiterschaft neuerlich heimgesucht ist. Aber die bürgerlichen Koalitionsparteien kümmern sich wenig, sie wollten um jeden Preis

Demission des Kabinettes Svehla.

Eine Beamtenregierung Cerny übernimmt das Erbe.

Prag, 17. März. Amtlich wird bekannt gegeben: Heute um 20 Uhr fand unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Běchyně ein Ministerrat statt. Nach der Sitzung überreichte der Vorsitzende der Regierung dem Präsidenten der Republik ein Schreiben folgenden Inhaltes:

Herr Präsident!

Prag, 17. März.

Ueber Rat der Ärzte bin ich gezwungen, für eine Zeit meine öffentliche Tätigkeit zu unterbrechen und mich zurecht Beendigung der ärztlichen Behandlung ins Ausland zu begeben. Mit Rücksicht darauf, daß dieser Umstand einen ungünstigen Einfluß auf die Erörterung wichtiger Aufgaben der heutigen Zeit haben könnte, bitte ich Sie, Herr Präsident, daß ich des Amtes eines Vorsitzenden der Regierung enthoben werde. Meine Entschließung habe ich den übrigen Mitgliedern der Regierung mitgeteilt und diese haben mir aufgetragen, daß ich Sie, Herr Präsident, auch in ihrem Namen um die Enthebung von ihren Ämtern ersuche. Geben Sie usw.

Svehla m. p.

Das vorausichtliche Ministerium Cerny.

Prag, 17. März. Die neue Beamtenregierung dürfte nach den bereits nachmittags im Abgeordnetenhaus zirkulierenden Ministerlisten folgendermaßen aussehen:

Ministerpräsident und Innenminister: Cerny, der bereits vom 15. September 1920 bis zum 26. September 1921 an der Spitze einer Beamtenregierung stand.

Von den bisherigen Kabinettsmitgliedern verbleiben: Beneš (Neujedles), Engliš (Finanzen) und Kallay (Slowakei).

Neu sind:
Verteidigung: General Štrobý oder Podhajský,

Unterricht: Universitätsprofessor Šenauer,
Ackerbau: Professor Brdlik,
Handel: Sektionschef Peroutka (eventuell Prácheš),
Post und Telegraphen: Sektionschef Fátka,
Eisenbahnen: Die Sektionschefs Polorný und Novotný,
Öffentliche Arbeiten: Sektionschef Fišer,
Soziale Fürsorge: Professor Schönbaum,
Justiz: Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes Pazny, eventuell Dr. Šchiegl,
Unifizierung: Dr. Fajnor,
Gesundheitsministerium: Stadtphysikus Dr. Procházka.

Die letzten Stunden der Koalition.

Der Minister Běchyně begab sich gegen Mittag zum Präsidenten der Republik, um ihn davon zu unterrichten, daß er die Stellvertretung des Ministerpräsidenten mit der Bindung, mit den Koalitionsparteien über die Einführung fester Zölle zu verhandeln, nicht übernehmen könne. Damit war das Schicksal der Koalition besiegelt. Nachmittags fanden Beratungen der tschechischen Merkanten und der Agrarier statt, deren ziemlich nichtige Kommuniqués wir weiter unten veröffentlichen. Sramet's Bemühungen um ein anderes parlamentarisches Kabinett wurden kaum von irgend einer Partei ernst genommen und man

regierung das Erbe der Koalition übernehmen muß, Bedauern über ihr Hinscheiden wird außer den unmittelbar Leidtragenden niemand empfinden. Eine Beamtenregierung bedeutet eine Schwächung der Demokratie und des Parlamentarismus, aber die Koalition hat beide so tief erniedrigt, daß sie nicht einmal durch eine Beamtenregierung noch tiefer erniedrigt werden könnten. Keiner als die bisherige Regierung von Schwachmütigen und dreisten Emporkömmlingen kann auch eine Beamtenregierung das Parlament, Gesetz und Recht nicht mehr schänden. Die Arbeiterschaft wird daher auch vor dieser Regierung von Bürokraten nicht erschrecken. Berufen, den Regierungskarren aus dem grundlosen Morast herauszuziehen, würde sie ihn nur noch tiefer versenken, wollte sie die Methoden der Koalition nachahmen, und wollte sie insbesondere jene Pläne verwirklichen, welche zur Sprengung der Koalition geführt haben. Die Vermutung hat wohl alle Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Beamtenregierung die Aufgabe haben soll, die Lebensmittelpreise auf dem Verordnungswege durchzuführen, und noch eine Reihe anderer Dinge, welche zur Entzweiung der Koalitionbrüder geführt haben, durchzuführen, worauf dann in einigen Monaten man die Zeit wieder für gekommen halten wird, den jetzt in die Brüche gegangenen Bruderbund zu erneuern. Man wird daher auf die Tätigkeit der neuen Regierung scharf acht haben und ihr stärkstes Mißtrauen entgegen bringen müssen. Für die Arbeiterschaft gilt der neuen Regierung gegenüber: erhöhte Wachsamkeit!

So schwachvoll es ist, daß eine Beamten-

kolportierte bereits nachmittags die Liste des Beamtenkabinetts Cerny. Abends 8 Uhr erfolgte dann der letzte, nur mehr formale Ministerrat, der die Demission der Gesamtregierung überreichte.

Sramet will ein parlamentarisches Kabinett.

Der Abgeordnetensklub der tschechoslowakischen Volkspartei hielt Mittwoch nachmittags eine Sitzung ab, in der zunächst eine Debatte über die landwirtschaftliche und Teuerungskrise abgeführt wurde. Nach Eintreffen des Klubvorsitzenden Minister Sramet

wurde unter seinem Vorsitz die Debatte über die Demission des Ministerpräsidenten geschlossene politische Lage eröffnet. Der Klub nahm den von Sramet erstatteten Bericht zur Kenntnis und erklärte, er beharre darauf, daß die Staatsverwaltung eine parlamentarische Regierung führe. Es wurden die notwendigen Beschlüsse für die nächsten Verhandlungen gefaßt und den Mitgliedern des politischen Zwischenausschusses die entsprechenden Richtlinien gegeben.

Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt gemeinsam mit dem Volkswirtschaftsklub der Partei Mittwoch abends unter dem Vorsitz des Abg. Tomásek eine Sitzung ab. Ueber die politischen Ergebnisse berichtete sodann Minister Běchyně und Abg. Dr. Rejzner. Ihr Bericht wurde nach einer umfangreichen Debatte zur Kenntnis genommen. In der Debatte drang die Ueberzeugung durch, daß die Klubs auf der Durchberatung des Gehaltsystems beharren; sie erwarten, daß die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften entgegenkommt. Die Klubs fordern gleichzeitig entschieden die unverzügliche Einbringung der Vorlage über die Baubewegung. Den Präsidenten des Klubs wird aufgetragen, permanent die Entwicklung der Ereignisse zu verfolgen und die Klubs sofort einzuberufen, sobald dies notwendig erscheint.

Sessionsbeginn am 24. März. Die Schlußsitzung des Abgeordnetenhauses.

Die Sitzung war der Erledigung der restlichen Tagesordnung von gestern gewidmet. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet

der Vertrag mit Polen

über rechtliche und finanzielle Fragen, unterschrieben am 23. April 1925 in Warschau. Der Berichterstatter Prokeš weist darauf hin, daß der Vertrag viele strittige Fragen, namentlich die der Staatsbürgerschaft bereinigt. Sehr wichtig sei auch der Minderheitenschutz, der im Artikel 3 verbürgt sei. Die Zahl der tschechischen Minderheit in Polen beläuft sich auf ungefähr 60.000 Köpfe, die Zahl der Polen im Teschener Gebiet auf 69.000. In der Debatte kommt als erster Redner

Genosse Šmájer

zu Worte, der zunächst darauf verweist, daß wir mit der parlamentarischen Erledigung reichlich nachhinken. Es handelt sich bei diesem Vertrag um die Regelung der Verhältnisse, die aus den Entscheidungen der Völkerverkonferenz vom 28. Juli 1920 entstanden sind, durch welche die Gebiete von Schlesisch-Tesch, Arva und der Gips zwischen Polen und die Tschechoslowakei aufgeteilt wurden. Die Behandlung der

Staatsbürgerschaftsfragen

in diesen Gebieten ist bisher sehr zweideutig gewesen. Zahlreiche Gesuche liegen heute noch bei unseren Behörden, ohne daß man sie erledigt. Eine große Verwirrung ist namentlich dadurch entstanden, daß unsere Behörden von dem Uebereinkommen der Öffentlichkeit keine Kenntnis gaben und so viele in der Tschechoslowakei ansässige Polen die bis 11. Februar d. J. laufende Optionsfrist verstreichen ließen. Ebenso unzureichend sind auch die im Vertrag enthaltenen Bestimmungen über die Amnestie für Straffälle, die sich während des Interregnums in diesen Gebieten ereigneten, unklar sind die Bestimmungen über die finanzielle Liquidierung. Ziffernmäßige Darstellungen wären hier dringend nötig; diese Unklarheiten betreffen vor allem die kleinen Einleger der Raiffeisenkassen.

Der wichtigste Teil des ganzen Vertrages ist die Minderheitsfrage.

Da finden wir einige Bestimmungen, die recht europäisch klingen und wesentliche Verbesserungen bringen.

So heißt es unter anderem, daß man „wohlgewollend“ gegeneinander vorgehen wird, und daß Floyalität gegen den Staat, in dem man lebt, nicht darin erblickt werden kann, wenn die betreffenden Staatsbürger sich für die Rechte ihrer Minderheit einsetzen.

In diesem Vertrag mit Polen müssen wir einen Fortschritt erblicken. Wir sind aber der

Meinung, daß wir dabei nicht stehen bleiben können. Es werden die Rechte der Minderheiten dauernd und offensichtlich nur gefährdet werden können, wenn wir zu internationalen Abmachungen gelangen. Unbeschadet der Staatseinheit ist den Minderheiten ein Eigenleben zu sichern und ihnen die freie kulturelle Entwicklung zu ermöglichen. Das ist die Aufgabe des Völkerbundes und davon war bisher in der Tschoslowakei sehr wenig die Rede.

In dem nun folgenden Teil seiner Rede beschäftigte sich Genosse Schäfer mit unserem Antrag auf Regelung der nationalen Verhältnisse und wies schlagend die kommunistische Verlogenheit, welche selbst diesen Antrag gegen uns auszuüben möchte, nach, indem er ausführte: So wie wir für den Ausgleich der Völker im allgemeinen sind, treten wir insbesondere auch für die Verständigung der Völker ein, die ein und denselben Staat bewohnen. Das ist ein nicht neues Erkenntnis, das wir gelegentlich der Sprachendebatte abgelegt haben. Wir sind wegen des Beschlusses zur nationalen Verständigung der Völker gehörig verärgert worden; man hat das von kommunistischer Seite so dargestellt, als ob wir deutsche Sozialdemokraten nicht wünschen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Selbstbestimmung, wie wir sie uns vorstellen, möglich mache, solange die kapitalistischen Regierungen und Parteien die Entscheidung in solchen Fragen haben. Nichtsdestoweniger glauben wir, daß eine solche Verständigung der Völker

der Anfang zum wirklichen Ausgleich auch für die Interessen der Arbeiterklasse ist. Wer hat den Nutzen von der nationalen Verheugung? Wer leidet von den Gegensätzen zwischen den Völkern?

So lange die Fragen des Zusammenlebens der Völker nicht abgeregelt sind, profitieren doch nur die nationalistischen Parteien. Es ist aber sonderbar, während wir in der Frage des Zusammenlebens und der Verständigung der Nationen angeblich nicht vorwärts kommen und unser Antrag von den Kommunisten als ein Weg, der nicht zum Ziele führen kann, verhöhnt wird, hat gerade der Vertreter der Kommunisten im Ausschuss diesem Antrag so begeistert zugestimmt, daß er beantragte, es möge die tschechoslowakische Regierung mit Österreich und Deutschland ebenfalls einen derartigen Vertrag abschließen. Wir wissen alle, daß in Deutschland keine Bauern- und Arbeiterregierung am Ruder ist und in Österreich ebenfalls nicht. Hier regieren die Christlichsozialen mit den Großdeutschen, in Deutschland ist das Zentrum mit den Volksparteien und den Demokraten an der Macht. Wir haben weder da noch dort eine proletarische Regierung, keine Bauern- und Arbeiterregierung und trotzdem verlangt der Kommunist Dr. Gatti, es möge der gleiche Vertrag mit der großdeutschen-christlichsozialen Regierung in Österreich und mit der Regierung in Deutschland abgeschlossen werden, die doch unseres Erachtens nach nicht den Anspruch erheben kann, daß sie nicht bürgerlich und nicht kapitalistisch sei. Es ist bezeichnend, daß also auch ein Kommunist mit uns der Meinung ist, daß jeder Versuch unternommen werden muß, um endlich einmal die größten nationalen Gegensätze aus der Welt zu schaffen, damit für das Proletariat die Bahn frei wird, zur Lösung der Aufgaben, die ihm gestellt werden.

Zu dem polnischen Vertrag habe ich noch im Rahmen des Klubs folgende

Erklärung

abzugeben: Wir sind grundsätzlich für jede Förderung der Zusammenarbeit der Völker und Staaten und naturgemäß auch für ein gedeihliches Zusammen-

wirken der benachbarten Länder. Insofern dieser Vertrag diesen unseren Standpunkte Rechnung trägt, stimmen wir ihm in seinen Grundzügen zu, ohne damit der vielfach unzulänglichen Lösung der schwebenden Fragen, wie sie im Vertrage sind, zur Gänze zuzustimmen. Da der vorstehende Antrag nach der verfassungsrechtlichen Seite nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden kann und ein Herausgreifen einzelner Vertragskapitel unmöglich ist, müssen wir zur Präzisierung dieses Standpunktes diese Formel wählen, die es uns ermöglicht, unsere grundsätzliche Auffassung zu diesem Vertrage mit unserem ablehnenden Votum in Einklang zu bringen.

Zum Schluß bitte ich Sie, einer Resolution Ihre Zustimmung zu geben, die wir eingebracht haben und die sich damit beschäftigt, daß die im Vertrage unzulänglich gelösten Fragen in der weiteren Verwaltungstätigkeit ihre Berücksichtigung finden. (Beifall auf der Linken.)

In der weiteren Debatte bringt der regierungsfreundliche Pole Dr. Wolf vor, daß er als guter Pole lieber den Anschluß des Teschener Gebietes an Polen gesehen hätte, doch habe er sich überzeugt, daß die Polen in der Tschoslowakei die Möglichkeiten der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung hätten und daß sie dafür loyal sein müßten.

Der Kommunist Stiwko erklärt, daß der Vertrag den Bedürfnissen der Arbeiter und Kleinlandwirte nicht entgegenkomme. Die tschechischen Beamten betreiben im polnischen Gebiet eine extrem nationale Politik, namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens.

Der Vertrag wird schließlich in erster Lesung angenommen und der Abänderungsantrag des Genossen Schäfer abgelehnt.

Zu dem

Handelsvertrag mit Spanien,

der seit 27. Oktober provisorisch in Kraft steht, spricht außer den Berichten statuten nur noch der deutsche Agrarier Windisch, der darauf hinweist, daß durch den Vertrag die Weinbauern betroffen seien, denen in den spanischen Weinen eine fühlbare Konkurrenz erwachse. Redner polemisiert sodann gegen die Steuer von Alscherswein, deren Aufhebung, bezw. Erziehung durch ein erhöhtes Pauschal der Umsatzsteuer verlangt.

Die von ihm beantragte Resolution wird abgelehnt und der Ausschussantrag unbedingten angenommen.

Des weiteren wird ein Vertrag über die Vereinfachung der Zollformalitäten, der in Geny am 3. November 1923 abgeschlossen wurde, debattiert und genehmigt und sodann der Gesetzentwurf über die Festsetzung der Einkommengrenze, welche den Anspruch auf die Kriegsgeldrückzahlung ausschließt, ebenfalls in erster Lesung angenommen. Die Debatte darüber war bereits bereits gestern abgeführt worden, die Abstimmung mußte jedoch wegen mangelnder Präsenz auf heute verschoben werden. Die gestern erwähnten Abänderungsanträge unserer Genossen wurden abgelehnt.

Alle diese Vorlagen wurden im vorletzten Verfahren sodann auch in zweiter Lesung angenommen.

Darauf wurden noch

Immunitätsfälle

behandelt, darunter der Antrag Stiwko auf Erteilung einer Klage an den Abgeordneten Kreibitz, der in einer der letzten Sitzungen in einem Zwischenruf behauptet hatte, der Präsident Masaryk hätte sich Stiwko im Jahre 1920 gekauft.

Dazu erklärte Kreibitz, sein Ausspruch sei vielleicht übertrieben gewesen, sollte aber den

plötzlichen Bestimmungsumschwung Stiwko im Frühjahr 1920 charakterisieren. Obwohl Kreibitz aus der ultralinken Zeit Stiwko vielfach treffsichere Zitate brachte, reichte ihn dies doch nicht vor der Erteilung der Klage.

Zuletzt begründet noch der Abgeordnete Jung (D. Nat. So.) die Dringlichkeit seines Antrages, den Entwurf des Gesetzes über die Strafverfolgung des Präsidenten der Republik und der Regierung in verkürztem Verfahren zu behandeln und dem zuständigen Ausschusse eine fünfjährige

Sessionschluß im Senat.

Prag, 17. März. Die heutige letzte Sessungsitzung, in der sich bis in den März hineinziehenden Winter Session brachte außer einer Abrechnung des Genossen Polach mit der sterbenden Koalition keine besondere Ueberraschungen. Die Verhandlungen zogen sich endlos in die Länge und die Sitzung wurde erst beendet, als es für die slowakischen Abgeordneten schon Zeit war, an das Befahren zu denken. Wie die Koalition gelebt hat, so ist sie heute gestorben: in Schmach und Schande.

Nach Eröffnung der Sitzung um 10 Uhr vormittags wurde zuerst das Gesetz betreffend der Abänderung gewisser Bestimmungen der Vorschriften über die direkten Steuern und die außerordentlichen Zuschläge zu den direkten Steuern behandelt. Dieser Gesetzentwurf der an den bestehenden Chaos in der Steuereintreibung nichts ändert, im Gegenteil neue Verschärfungen für die steuerechtfähige Bevölkerung bringt, veranlaßte eine eingehende Kritik der Steuerverhältnisse und der Besteuerung der arbeitenden Schichten dieses Staates durch

Genosse Rens:

Die Steuereintreibung auf dem flachen Lande hat sich bereits zu einem Skandal entwickelt, die Zahl der Kreditionen ist ins Ungewöhnliche gestiegen. Die Opfer dieses Steuerwahnsinns sind jedoch nicht die bürgerlichen Bauern und Grundbesitzer, sondern die Kleinbauern und Säesler.

Auf dem flachen Lande schröpft man den Säesler, in den Industriedörfern und Städten den Arbeiter. Die Einkommenssteuer erbringt den besten Beweis dafür, daß man gegen Arbeiter keine Rücksicht kennt. Trotzdem sich nämlich die

Kosten der Lebenshaltung um das Zehnfache vermehrt haben, hat man die steuerfreie Einkommengrenze nur auf

6000 K und nicht, wie es gerechtfertigt wäre, auf 16.000 Kronen

erhöht. Dabei hat man seit Jahren keine Steuern vorgeschrieben. Jetzt sollen die durch die Wirtschaftskrise und den Vorkriegbau finanziell erschöpften Arbeiter ungeheurer Steuervorschreibungen beglichen, eine Zumutung, deren Erfüllung ausgeschlossen ist.

Wenn man den Unternehmern und sonstigen Kapitalisten in den letzten Jahren riesige Steuerschulden abgeschrieben hat, so muß dieser Vorgang bei den Arbeitern umso eher durchführbar sein!

Die Steuervorschreibungen bei den Arbeitern werden oft auf die sonderbarste Weise durchgeführt. So ist es vorgekommen, daß man einem Arbeiter, der während eines Monats Ueberstunden bekam, die Steuervorschreibung für diese neun Monate als Grundlage für die ganzjährige Vorschreibung berechnete. Ist ist die Schlampe bei den Steuerämtern an die

Frage zur Berichterstattung einzuräumen. Außer diesem Antrag wird unter anderen auch der Interpellation Heeger und Genossen wegen der Explosion in der Prager Tischlergasse die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Damit war die letzte Sitzung der Winter Session beendet. Ein abends veröffentlichtes Handschreiben des Präsidenten erklärt die Session mit dem heutigen Tage für beendet und beruft die Nationalversammlung auf Mittwoch, den 21. März zur Frühjahrstagung ein.

Methoden schuld, in den meisten Fällen muß man dafür jedoch die

Willkürherrschaft der Steuervertreter

verantwortlich machen, die Erlasse und Verordnungen einfach ignorieren und die Arbeiter, welche zu viel Steuern gezahlt haben und diese jetzt zurückverlangen, mit Hebenarten verdrängen.

Redner befaßte sich dann mit den Beschlüssen über den 3prozentigen Abzug und verlangt die

Abschreibung der Steuerrückstände der Arbeiterschaft.

Er protestiert ferner gegen den Plan der Regierung, die Arbeiterschaft durch Einführung neuer indirekter Steuern (auf Zucker, Kaffee, Tee usw.) noch mehr zu verelenden. Zum Schluß sagt Gen. Rens: unsere Forderungen zusammen, die in ihren wichtigsten Punkten darin gipfeln:

Aufhebung der ungelichen Steuererlässe und Verordnungen, Abschreibung der für die Arbeiter unzahlbaren Steuern und endliche Herausgabe einer durchgreifenden Steuerreform. Denn: Das heutige Steuersystem ist unfair, die Willkürherrschaft der Steuervertreter muß ein Ende nehmen, den Arbeitern muß ein anprechendes Steuerfreies Existenzminimum gegeben werden!

Die Vorlage müssen wir ablehnen, da wir davon überzeugt sind, daß sie vom Standpunkt einer gelunden Volkswirtschaft abgeschafft werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Das Gesetz wurde selbstverständlich nach Ablehnung aller oppositionellen Abänderungsanträge von der Koalition sogar im beschleunigten Verfahren in erster und zweiter Lesung angenommen. Die Koalition wollte jedenfalls noch einmal beweisen, wie tadellos die Abstimmungsmaschine zu klappen versteht.

Nachdem man sodann eine Reihe von Vorlagen in zweiter Lesung angenommen hatte, wurde der ganze Komplex der zwischen diesem Staate und Polen geschlossenen Vereinbarungen in einem behandelt. Dieser Komplex betrifft in erster Linie die Regelung der Rechte der durch die Teilung des Teschener Gebietes in den beiden Staaten entstandenen Minoritäten sowie ferner die Regelung der rechtlichen und finanziellen Angelegenheiten. Von unserer Partei befaßte sich in der Debatte

Genosse Polach

in einer meisterhaften Rede mit dem durch diese Verträge geschaffenen Nobum der Minoritätenbehandlung in diesem Staate. Redner verweist zuerst darauf, daß der Vertrag über die Grenzregelung im Teschener Gebiet erst am 11. Februar 1925 in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen publiziert wurde, erst im April 1925 in Warschau angenommen und erst am heutigen Tage in beiden Häusern zur Verhandlung gelangt. Der Vertrag ist in der Tat

in der Minoritätenfrage dieses Staates ein Nobum,

da er die bisher geübte Praxis durchbricht.

Der Trompeter der Revolution

(Zu Ferdinand Freiligraths 50. Todestag am 18. März.)

Wer sprach das Wort, das tapfere, scharfe? Wer ließ es weitem uns voran Im Zeltentauschen einer jorng'en Darse? Das tat ein Dichter und ein Mann!

Freiligrath.

Als Karl Marx im Herbst 1843 von Ferdinand Freiligrath sprach, nannte er ihn verächtlich



einen „Feind der Freiheit“, denn damals bezog der Fürst von Preußen Friedrich Wilhelm IV. von Preußen noch ein Unabengelt von dreihundert Talern

jährlich, und seine Lösung daß der Dichter auf einer höheren Warte als der Finne der Partei: sche, wurde von allen offenen oder verkappten Rückwärtlern bis zum Ueberdruß wiederholt. Zwei Jahre später aber drängte es Marx in Brüssel, Freiligrath die Hand zu drücken, denn daß er dem Breuchenkönig keine bettelhafte „Gnade“ vor die Füße geworfen und eine rebellische Versammlung „Ein Glaubensbekenntnis“ als ledern Schuh in die Stiefel des Vormärz abgelehnt hatte, war geeignet, alles Vorangegangene auszugleichen. Im Sturmjahr 1848 gar sah Marx und Freiligrath einträchtiglich am Redaktionspult der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln, und da sie nach dem Veranzen der deutschen Bewegung in London Exilgefährten waren, stellte der sozialistische Denker dem Dichter das beide ehrende Zeugnis aus: „Er ist ein wirklicher Revolutionär und ein durch und durch ehrlicher Mann, ein Lob, das ich nur wenigen zuteilen möchte“.

Aber trotz des weiten Weges, vom Stipendiaten eines Hohenzollern bis zum Freunde eines Marx, war, ohne Knick und Biegung, Freiligraths Entwicklung vom „unpolitischen“ oder „überpolitischen“ Dichter zum Sturmrufer der Opposition und zum „Trompeter der Revolution“, wie er sich selbst nannte, ein Fortschreiten auf geradem Wege. Schon in seinen frühesten Gedichten bäumte sich der Drang einer neuen Zeit. Als der junge Kaufmann, der 1810 in Detmold als eines Schulmeisters Sohn geboren ward, in den dreißiger Jahren aus der Kleinbürgerlichen Enge seiner Heimat in das bewegte Treiben der Welt handelsstadt Amsterdam trat, weckte sich ihm die Brust in ungelähmter Sehnsucht. In den farbenprächtigen Strophen, in denen es von Börsen und Piraten, von Mohrenfürsten und Araberheerführern, von Löwen und Reoparden wimmelte, lebte wohl auch der Rousseausche Esel an einer geleckten, heißen und

inherlichen Zivilisation, der in den Huruf an die Andianer ausklang:

Bietet Trost, ihr Tätowierten, Eurer Feindin, der Kultur! Knüpft die Stirnhaut von kalperten Weichen an des Härtels Schnur!

Auch schwang eine Romantik darin die mit bunt glitzernden erotischen Phantasien über die nüchternen, graue Kontorgegenwart hinwegtäuschte, aber ebenso sprach aus dieser „Wäntendichtung“ der Sehnsucht der sich redenden bürgerlichen Klasse, das Weltmeer zu befahren und den Weltmarkt zu erobern. Durch die Verse wehte nicht von ungefähr der Salzhauch der See und es war kein Zufall, daß von den beiden ersten revolutionären Dichtern des Vormärz Herwegh das „Flottenräum“ sang und Freiligrath sich in „Flottenräum“ verlor.

Aber vergebene Liebesmüh ist es, die revolutionäre Ewernmähne des Dichters zu einem nationalliberalen Scheitel fristieren zu wollen. Der in der Londoner Verbannung trotz allen Heimwehs auf Amnestie piff und auf „Gnade“ verachtete, höhnte 1850 beim Beginn der „Neuen Aera“ ebenso über den „liberalen Unteroffizierschwundel in der Heimat“, wie er 1866 „die selbstlichen Zweide der Hohenzollern“ verabscheute und als Frucht von Bismarcks Blut- und Eisenpolitik „Cäsarismus und Prätorianismus“ voraus sagte. Auch in dem preußischen Kaiserreich blieb der alte Achtundvierziger seinen republikanischen Ueberzeugungen treu; „ich akzeptiere“, meinte er 1874 achselzuckend, „die Dinge, wie sie sind, als eine zeitweilige Notwendigkeit, aber ich begeistere mich nicht dafür“, und als der Dichter am 18. März 1878 zu Cannstatt starb, schied er keineswegs als ein mit dem Gang der Ereignisse „Verfälschter“ von hinnen. Selbst der Grundton seiner patriotischen Hochstimmung von 1870 war die bittere Klage um die Opfer:

Vieltausend Männer und Knaben, Vieltausend, Schar bei Schar, Begraben, begraben, begraben An Mosel, Nahe und Saar!

und bei allem froh ihm das unsägliche Elend, das über Frankreich hereingebrochen war, „diese Ferkütung eines trotz alledem nobeln, tapferen und klugen Volks“ fast das Herz ab; der sich schon durch die musterghiltige Verdeutschung einer Fülle von französischen und englischen Dichtungen um die Annäherung der Völker wohlverdient gemacht hatte, vergah nie, daß zu seinen ersten Uebertragungen Camartines „Friedensmarsch“ gehörte, die den Rhein nicht als entzweyenden, nein, als verbindenden Strom feierte.

Als der Novemberwind des Jahres 1918 revolutionäre Wimpel flattern ließ und Deutschland sich bald in das von ihm besungene, doch so lange verpönte Schwarzrotgold häufte, erfuhr Freiligrath eine wahre Auferstehung, und ganz besonders lebendig ist er bei der 50. Wiederkehr eines Todestages. Denn was er einst in dem grandiosen „Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung“ dem von der Gegenrevolution erdroffelten Blatt in den Mund legte, gilt auch von ihm:

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht, In des Kampfes Wetteern und Flammen, Wenn das Volk sein letztes „Schuldig“ spricht, Dann stehen wir wieder zusammen.

Da jetzt, aufgerufen um großen Entscheid über die frechen Ansprüche der Dynasten das Volk sein letztes „Schuldig“ über jene spricht für die die geschichtliche „Auktion von dreißig Kränzen“ nicht gründlich genug war, ist der Geist des Dichters mitten unter uns.

Hermann Wendt.

Der Außenminister Dr. Benes hat bekanntlich einmal im Außenaußschuß des Abgeordnetenhauses erklärt, daß die Regelung der Minoritätenfrage eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit jedes Staates sei und daß kein fremder Staat das Recht habe, in die Minoritätenangelegenheiten eines anderen Staates hineinzureden. Dr. Benes stellte sich damit allerdings in bewußten Gegensatz zu dem von ihm mit so viel Eifer und Reifebetätigung verfolgten Völkerbundstandpunkt, der ja auf nichts anderem basiert als auf der These, daß eine Vereinigung von Staaten das Recht erhält, die Angelegenheiten eines jeden anderen Staates zu kontrollieren und deren Abänderung zu fördern.

Zum erstenmal ist dieser Völkerbundgedanke in dem zwischen der Tschechoslowakei und Polen abgeschlossenen Minoritätenvertrag von Dr. Benes selbst anerkannt worden.

Das bisher geübte Prinzip der Vermeidung des Eingreifens in Fragen anderer Staaten mit Hilfe von Vereinbarungen ist durchbrochen worden. Denn in diesem Vertrage werden unter der Voraussetzung, daß den verbliebenen tschechischen und slowakischen Minoritäten in Polen gewisse Rechte zustehen, die gleichen Rechte den ungefähr 70.000 Polen in diesem Staate zuerkannt. Das wichtigste Recht, das der polnischen Minorität so zugesprochen wird, ist das Recht auf die Verteidigung der Minderheitsrechte.

Es dürfen demnach 70.000 Polen etwas tun, was man dreieinhalb Millionen Deutschen, einer Million Magyaren und den verschiedenen anderen Völkern verweigert, was bei den Polen als Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staate anerkannt wird, bezeichnet man bei den Deutschen und anderen Minoritäten als Hochverrat. (Dr. Heller: „Gegen die Deutschen macht man Schutzgeleite.“)

Redner befaßt sich dann mit den einzelnen Punkten des Vertrages und weist den krassen Gegensatz nach, der zwischen der Behandlung der polnischen und der anderen Minoritäten in diesem Staate besteht. Während man den Polen das uneingeschränkte Recht auf Wahrung ihrer kulturellen Güter zugesetzt und sie auch nicht daran hindert, ihr Schulwesen durch Privatschulen usw. nach Notwendigkeit auszubauen, sperrt man den Deutschen unter dem Deckmantel der Sparnotwendigkeit lebenswichtige Schulen und macht jeden deutschen Privatunterricht unmöglich.

Während man dreieinhalb Millionen Deutschen die Schulautonomie fast vollständig genommen, hat, wird sie den Polen gewährleistet.

In einer Frage ist allerdings die tschechoslowakische Regierung bei Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen in sehr sonderbarer Weise vorgegangen: nämlich bei Behandlung der Optionen. Hat man es den Optionanten durch die frühe Publizierung des Vertrages in den meisten Fällen fast unmöglich gemacht, von dem Optionsrecht Gebrauch zu machen, so hat man es in jenen Fällen, in denen optiert wurde, verstanden, diese Option entweder unter nichtigem Vorwand abzulehnen oder wirkungslos zu machen. Trotzdem dann das Oberste Verwaltungsgericht entschied, daß die Optionsfrist bis zum 11. Feber dieses Jahres laufe, wurden Gesuche vor Ablauf dieser Frist abgelehnt. Mit der finanziellen Regelung der Verhältnisse in den Optionsgebieten verhält es sich nicht viel besser. Man sichert den tschechoslowakischen Besitzern von Einlagen in Spar- und Reiseeinstellen, die sich jetzt auf polnischen Gebiete befinden, zu, daß sie eine 60- bis 100prozentige Vergütung ihrer Einlagen bekommen, es ist jedoch nirgends eine Bestimmung vorhanden, wie und ob überhaupt diese Einlagen valorisiert werden. Dagegen hat man die Sparklassen in Teschen, Freistadt und Jablunkau aus dem Rahmen dieser Bestimmungen herausgenommen, um jedenfalls den an diesen Klassen interessierten Bourgeoisreisen in einem späteren Zeitpunkt eine bessere Honorierung bieten zu können.

Zuletzt befaßt sich Genosse Polach in einem wirkungsvollen Schlusswort mit dem Wirken der Koalition in den letzten Jahren. Er verweist darauf, daß Abgeordneter Kramak gestern im Abgeordnetenhaus erklärt habe, daß die Bestimmungen der rot-grünen Koalition nicht bindend seien für die derzeitige Koalition und charakterisiert diese Vorgangsweise mit nachstehendem Vergleich:

Ein nicht seriöser Kaufmann läßt sein Geld auf einen anderen Namen schreiben, um die Kasse besser durchführen zu können! (Stürmischer Beifall.) Wenn Ministerpräsident Svehla sein Wort, das er als Minister gegeben hatte, jetzt nicht halten konnte, so hätte er sofort abtreten müssen. Da er es jedoch nicht getan hat, muß er es sich gefallen lassen, daß man ihn des Wortbruchs beschuldigt. Svehlas Vorgehen qualifiziert das Wirken und Leben der Koalition: Wie die Koalition in Schmach und Schande gelebt hat, so ist sie in Schmach und Schande gestorben!

(Beifall; Dr. Heller ruft: „Gehen wir, man spürt hier schon Leichengeruch.“)

Nach Annahme der verschiedenen Verträge mit Polen wurde noch ein Auslieferungsbegehren betreffend den Genossen Löw abgelehnt, worauf die wenig rühmliche Winteression des Senats, in der der berüchtigte Ausspruch des Justizministers über die Bendrekherrschaft in diesem Staate am besten zur Charakterisierung der Verhältnisse beigetragen hat, ihr Ende fand.

Rüstet zum Frauentag!

In der Woche vom 21. bis 28. März.
Jede proletarische und sozialistische Frau muß an den Veranstaltungen des Frauentages teilnehmen.

Alles Nähere die örtlichen Bekanntmachungen.

Die Vertagung in Genf bestätigt.

Brasilien beharrt auf seinem Veto — Deutschlands Verhalten einwandfrei.

Genf, 17. März. (Helv.) Die Völkerverversammlung hielt Mittwoch die entscheidende Sitzung ab, worin die Vertreter der verschiedenen Mächte ihr Bedauern darüber ausdrückten, daß es nicht gelungen sei, zu einer Einigung zu gelangen und Deutschland, wie allgemein erwartet wurde, schon jetzt in den Völkerbund aufzunehmen.

Der brasilianische Votschaffer Mello Franco gab eine feierliche Erklärung ab, wonach der Beschluß seiner Regierung so lange das Veto gegen die Zuteilung eines ständigen Mitglieds an Deutschland einzulegen, als die Länder Süd- und Mittelamerikas nicht eine gerechtere und zahlreichere Vertretung im Rate erhalten würden, unwiderruflich und definitiv sei. Der Votschaffer fügte hinzu, daß Brasilien das deutsche Aufnahmengesuch durchaus begrüßt habe, daß es das große Friedenswerk von Locarno anerkenne, daß es aber nicht zulassen könne, daß andere, nichteuropäische Mächte um ihre Rechte betrogen würden.

Chamberlain führte als Berichterstatter der Exekutivkommission aus, daß man es tief bedauere, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auf den September vertagt werden müsse. Immer wieder auftauchende Schwierigkeiten hätten leider das heutige Ergebnis zur Folge gehabt.

Briand schloß sich in bewegten Worten im Namen Frankreichs den Ausführungen des britischen Außenministers an. Er betonte, daß es gelungen sei, mit Deutschland selbst, dank des Opfergeistes der Tschechoslowakei und Schwedens, denen er wärmste Anerkennung ausspreche, zu einer

Einigung zu gelangen. Jedoch seien andere Hindernisse zur Zeit unüberwindlich gewesen. Es bestiehe jedoch die begründete Hoffnung, daß auch diese Schwierigkeiten bis zum Herbst aus der Welt geschafft sein werden.

Der Präsident der Völkerverversammlung stellte dann fest, daß kein Widerspruch gegen die Vertagung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erhoben werde, und daß der Völkerbund damit einstimmig die Vertagung beschlossen habe.

Berlin, 17. März. (Eigenbericht.) Die deutsche Delegation, deren Rückkehr nach Berlin morgen abends erfolgt, dürfte noch am gleichen Abend dem Reichspräsidenten über den Gang der Genfer Verhandlungen berichten. Das Reichskabinett wird vermutlich erst am Freitag zusammentreten, um den Bericht Luthers und Stresemanns entgegenzunehmen. Es wird allgemein berichtet, daß alle Mitglieder der Regierung die Haltung der deutschen Delegation in Genf billigen, insbesondere als sie den Standpunkt vertreten, daß die Frage der Erweiterung des Rates des Völkerbundes nicht von einigen einzelnen Staaten gelöst werden dürfe, sondern Sache des Völkerbundes sei.

Man nimmt an, daß Brasilien sein Veto unmöglich aus eigenem Antrieb eingeleitet habe, sondern vermutet, daß dahinter Mussolini stehe.

Der Reichstag wird nächste Woche zu den Vorgängen in Genf Stellung nehmen.

Gewaltiger Erfolg des Volksbegehrs.

Sieben bis acht Millionen Stimmen aufgebracht.

Berlin, 17. März. (Eigenbericht.) Die beiden letzten Tage der Eintragungsfrist für das Volksbegehren haben noch einen gewaltigen Ansturm der Wahlberechtigten gebracht. In Berlin haben sich insgesamt 1.461.209 Personen eingetragen; es ist damit zu rechnen, daß die Zahl sich bis zum heutigen Abend, der Schlusssfrist, auf 1,6 Millionen gesteigert hat. Was diese Zahl bedeutet, geht aus der Uebersetzung hervor, daß Sozialdemokraten, Kommunisten, Unabhängige, Demokraten und Zentrumselemente bei den letzten Reichstagswahlen vom Dezember 1924 1.426.000 Stimmen zusammen erhalten haben. Obwohl die beiden bürgerlichen Parteien sich von dem Volksbegehren fernhalten, dürfte die Zahl der Unter-

schritten doch um rund 150.000 größer sein, als für diese fünf Parteien zusammen an Reichstagsstimmen abgegeben worden waren.

Gleich günstige Resultate werden aus dem Reiche gemeldet. So hat Groß-Hamburg 405.000 Stimmen, das sind 44 Prozent aller Stimmberechtigten erhalten. In Köln haben sich 125.000 Personen eingetragen. Morgen werden die Schlussergebnisse aus den größeren Städten bereits vorliegen, das Gesamtergebnis ist in zwei bis drei Tagen zu erwarten. Aber soviel steht schon heute fest, daß die mit sieben bis acht Millionen hochgeschätzte Zahl der Unterschriften noch übertroffen werden wird.

Ausland.

Klärung in der bulgarischen Sozialdemokratie.

Ein außerordentlicher Parteitag. — Ausschüsse aus Partei.

Die bulgarische sozialdemokratische Partei, deren Aufgabe unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihres Landes zweifellos eine sehr schwierige ist, hat im Laufe der letzten Jahre wiederholt eine Haltung eingenommen, die den Sozialisten des Auslandes schwer verständlich schien und ihnen von den bulgarischen Sozialdemokraten nur mit vieler Mühe aus der besondern Lage der Partei zwischen der kommunistischen Gefahr und der reaktionären Gewalt erklärt werden konnte.

Erst als das Wüten des weißen Terrors keinen Zweifel mehr darüber ließ, von welcher Seite die größere Gefahr drohe, nahm die Partei eine einseitige oppositionelle Haltung ein. Aber auch da blieben in ihr zwei Strömungen: diejenige, die die Opposition ohne weitere Absichten, einfach als Abwehr der mißhandelten Arbeiterkräfte führen wollte, und diejenige, die von einem Austritt der Regierung Zankow die Gelegenheit erwartete, mit anderen Parteien oder Teilen von Parteien eine demokratische Regierung zu bilden, was sie als das wirksamste Mittel der Ueberwindung der bisherigen Politik ansah. Der Uebergang der Regierung Zankow auf Diaptschew, ohne daß sich an dem Regime, an der blutigen Herrschaft der Militärliga, viel geändert hätte, hat den Anhängern dieser Gruppe offensichtlich Unrecht gegeben.

Unterdessen hatten sich die Gegensätze in der Partei so verstärkt, daß ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden mußte. Die Führer des rechten Flügels, die schon bei der Wahl des Parteivorstandes auf dem letzten ordentlichen Parteitag im Herbst unterlegen waren, sind Assen Zankow, der Bruder des bürgerlichen Generals, Dimo Razafow, der am Staatsstreich gegen Stambolinow beteiligt und anfangs Minister im Kabinett Zankow war, und Dr. Dschibrow; sie hatten in ihrem Organ eine Kampagne gegen

den Parteivorstand geführt. Ihre Gegner, die Vertreter der Mehrheit der Partei, sind keineswegs radikale Linke, sondern im Gegenteil so gemäßigte und nationalgetriebene Sozialdemokraten, wie Kr. Pasuchew, der Vorsitzende der Parlamentarischen, und G. Tschemedschiew. Der Parteitag endete nun nach langen und heftigen Debatten damit, daß Assen Zankow und Razafow aus der Partei ausgeschlossen wurden. Damit ist, wenn auch noch nicht eine Reorientierung, so doch eine Klärung in der bulgarischen Partei eingeleitet.

Eine gemeinsame Konferenz polnischer und deutscher Sozialisten.

Zwischen der Polnischen Sozialistischen Partei und den deutschen Sozialisten in Polen fand in Lodz Ende der vergangenen Woche eine gemeinsame Konferenz statt, die die nationalen Gegensätze, wenigstens zwischen den Arbeitern beider Völker innerhalb der polnischen Grenze ausgleichen helfen sollte. Beteiligt waren deutsche Sozialisten- und Gewerkschaftsführer aus Oberschlesien, Bromberg und Lodz, sowie Führer der polnischen Sozialisten und Gewerkschaftsführer aus Warschau, Lodz und Oberschlesien. Eingehend wurden vor allem die Nationalitätenkämpfe in Ostoberschlesien besprochen, darunter die Verfolgung des Deutschen Volksbundes, der durch das Genfer Abkommen als Minderheitsorganisation geschützt ist. Die deutschen Oberschlesier brachten ausführliches Material vor, wozu sie besonderen Anlaß dadurch hatten, daß die polnischen Sozialisten in Ostoberschlesien sich in dem Nationalitätenkampf weit weniger verhältnismäßig gezeigt haben, als ihre Führer in Warschau. Nach ausführlichem Bericht wurde die Tätigkeit des polnischen Westmarkenvereins, mit dem die polnisch-oberschlesischen Sozialisten gelegentlich noch zusammengewirkt hatten, von der Konferenz verurteilt. Der Konferenz dürfte in absehbarer Zeit eine weitere Aussprache zwischen deutschen und polnischen Sozialisten in Katowitz folgen, an der auch reichsdeutsche Sozialdemokraten teilnehmen sollen.

Inland.

Gegen das Pensionistenrecht.

Für die beschleunigte Behandlung des Wiener und Römischen Vertrages.

Der außenpolitische Ausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern mit einer Regierungsvorlage, die die Durchführung der zwischen der tschechoslowakischen Republik und den Nachfolgestaaten abgeschlossenen Verträge (des Römischen und des Wiener Vertrages) zum Gegenstand hat. Beide Verträge wurden bereits in den parlamentarischen Ausschüssen (ausgenommen dem Budgetausschuß) verabschiedet und sollen nun der Beratung im Plenum zugeführt werden.

Der Referent, Abgeordneter Frusovskij, begründet den Regierungsentwurf unter Verweisung auf die zum gleichen Gegenstand kürzlich abgeführte Aussprache und beantragte die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage.

Genosse Dr. Cech bespricht die Vorlage in ihren wichtigsten Teilen, erörtert die Genes des Regierungsentwurfes, unterzog einzelne Bestimmungen der Regierungsvorlage einer scharfen Kritik und bemängelte vor allem, daß auch nach Verabschiedung der beiden internationalen Verträge sowie der jetzigen Regierungsvorlage noch immer ein großer Kreis von Pensionisten übrig bleibt, für die keinerlei gesetzliche Pensionsvorsorgen bestehen. Dies gilt nicht nur von jenen Pensionisten, die unter Ausnahmsbestimmung des § 2 des Wiener Vertrages fallen (insolge angeblich illoyalen Verhaltens zum Staat etc.), sondern auch von der großen Zahl slowakischer Pensionisten, die wohl die tschechoslowakische Staatsbürgerchaft besitzen und auf tschechoslowakischem Territorium wohnen, aber auf dem nichttschechischen, ungarischen Nachfolgestaaten (Rumänien, Jugoslawien) angefallenen Gebiet tätig gewesen sind. Für diese bestehen, da der Römische und Wiener Vertrag und daher auch die jetzige Regierungsvorlage für sie keine Geltung hat, keinerlei pensiongesetzliche Regelungen, weshalb sie auch nach wie vor lediglich auf staatliche Vorstöße angewiesen sind und daher dem größten Notstand ausgesetzt sind. Der Redner bemängelt ferner, daß die Bestimmungen des neuen Entwurfes, die eine liberale Berücksichtigung gewisser durch das Gesetz nicht gedeckter Pensionisten vorsehen, viel zu eng gezogen sind und beantragt gewisse Abänderungen dieser Bestimmungen sowie zwei Resolutionen, von denen die eine die ehebaldigste Regelung der vorerwähnten slowakischen Pensionisten (durch sofortige Verhandlungen mit Ungarn und den ungarischen Nachfolgestaaten) verlangt und die andere eine wohlwollendere Behandlung der durch den Wiener Vertrag ausgeschlossenen Pensionisten fordert. Zum Schluß fordert der Redner den Vorsitzenden des Ausschusses, den Abgeordneten Tomasek, auf, dahin zu wirken, daß der ganze Komplex von Vorlagen, die die Angelegenheit der Pensionisten regeln, der raschesten parlamentarischen Verabschiedung zugeführt und zu diesem Behufe Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Budgetausschusses wegen der beschleunigten Erledigung der ihm zugewiesenen Vorlagen gepflogen werden.

Nachdem noch die Abgeordneten Kreibich und Myslivec zum Wort gekommen waren, beantragte der Referent die Abweisung der von Dr. Cech gestellten Anträge, indem er sich auf die zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn in der beantragten Richtung bereits geführten Verhandlungen und auf die wohlwollende Praxis der Staatsbehörden berief. Der Ausschuß entschied im Sinne der Referentenanträge.

Vorher hatte der Vorsitzende des Ausschusses, der Abgeordnete Tomasek erklärt, daß er dem Wunsche des Genossen Dr. Cech Rechnung tragen, sich mit dem Vorsitzenden des Budgetausschusses in Verbindung setzen und auf die beschleunigte Verabschiedung der Vorlagen hinwirken werde, indem er gleichzeitig darauf verweist, daß er diesem seinen Bestreben durch die kurzfristige Einberufung der heutigen Sitzung deutlich Ausdruck gegeben hat.

Die Konstituierung des Ständigen Ausschusses

Endlich, vier Monate nach den Wahlen, hat sich gestern der Ständige Ausschuß konstituiert. In dieser Mitglieder Körperschaft ist bekanntlich das Stimmenverhältnis der bisherigen Regierungsparteien zur Opposition dreizehn zu elf und da der Vorsitzende bei Abstimmungen in Wegfall kommt, zwölf zu elf. Dieses Verhältnis hätte die Herren von der Mehrheit auf jeden Fall bescheiden machen müssen, denn sinnvoller hätte die Schwäche der Mehrheit ja gar nicht zum Ausdruck kommen als durch dieses Verhältnis, in dem man von einer Mehrheit ja schon beinahe nicht mehr sprechen kann. Aber trotzdem und obwohl die Koalition gerade jetzt in die Brüche gegangen ist, obwohl die Koalition nicht mehr besteht — ihre Grundsätze bestehen doch weiter und wurden auch bei der Konstituierung des Ständigen Ausschusses wieder hemmungslos zum Ausdruck gebracht: die „Mehrheit“ übertrug sämtliche Funktionen, die Stellen aller Vorsitzenden und auch der Schriftführer, ausschließlich an Männer der verflochtenen Regierungsmehrheit. Mit zwölf zu neun Stimmen — von den Delegierten der Oppositionsparteien war der deutsche Nationalsozialist Bageel und der slowakische Vertreter aus dem Abgeordnetenhaus abwesend — wurde zum Vorsitzenden der tschechische nationalsozialistische Abgeordnete Franke und zu seinen Stellvertretern Senator Dr. Srobar (tschechischer Agrarier) und Abg. Roudnic (tschech. Volkspartei) gewählt. Auch die drei Schriftführer gehören den Koalitionsparteien an.

Zur Aufstellung des beschlagnahmten Waldbodens. Der Bodenbesitz der staatlichen Forst- und Güterverwaltung in Prag hat ein Gesamtausmaß von 892.627 Hektar zu verwalten. Davon sind 722.826 Hektar Wälder, 145.049 Hektar Ackerboden, 10.997 Hektar Teiche und 13.955 Hektar Brachland. Vom gesamten Waldbestand im Ausmaß von 4.662.000 Hektar entfallen auf den Staat 15,5 Prozent. In Böhmen besitzt er 105.775 Hektar, in Mähren 339.33 Hektar, in Schlesien 30.554 Hektar, in der Slowakei 246.435 Hektar, in Karpatenland 306.729 Hektar. Dieser Staatsbesitz ist entstanden durch die Übernahme der früheren österreichischen sowie ungarischen Staatswälder und der kaiserlichen Familie (laut Friedensvertrag) und durch Übernahme von bisher 120.000 Hektar privater Besitzungen (laut den Bodenreformgesetzen). Für die nächste Zeit ist projektiert die Übernahme von Wäldern zwischen Taus und Eger, im Böhmerwald (50 Prozent der Schwarzenbergischen Wälder), ferner im Hrzegebirge (Polana und Nordensfern), im Elbgebiete (B. Kamniz und Vinsdorf). In Nordböhmen werden noch übernommen Janowitz und Miesenberg. Für die Staatsforste in Mähren und Schlesien wird eine Direktion in Olmütz (bisher in Friedek) errichtet. Der Gesamtbesitz des Staates an Wald soll 20 Prozent nicht übersteigen. Den Gemeinden will man wohl Wald zuteilen, doch nicht den kleinen. (Die es oft am nötigsten hätten!) Gemeinsame Übernahme von größeren Waldkomplexen seitens der Bezirke lehnt man prinzipiell nicht ab. Einige kleinere Parzellen bekommen solche Gemeinden, welche selbst schon Waldbesitz ausweisen. An Private soll Wald nicht abgegeben werden. Bis 1928 hofft man mit der Aufteilung des beschlagnahmten Waldes fertig zu sein. Die deutschen Gemeinden und Bezirke haben alle Ursache, ihr im Paragraph 10 des Zuteilungsgesetzes ausgesprochenes Recht gerade jetzt nachdrücklich geltend zu machen.

Eine feine Oppositionspartei! Wir haben schon in unserem gestrigen Parlamentsbericht erwähnt, wie sich die Herren Slowaken bei der letzten Abstimmung verhielten: sie waren korporativ zum Tempel hinausgegangen und nur ihr Führer, der Vater Hlinka, blieb im Hause, nämlich auf der Galerie, wo er von einer Loge aus fröhlich die Abstimmung für die Regierung zusah! Das nennt man eine Oppositionspartei! Herrgott, die hat einen Clan in sich! Es ist zu offensichtlich, wie diese Partei jetzt schon Vorschub auf ihre künftige Tätigkeit in der Regierung nimmt, sie zeigt es ganz ungeniert und offen, daß sie es nicht erwarten kann, in die Laube zu kommen.

Kommunistische Wählerarbeit.

Wer die wahre Natur der Kommunisten kennen will, darf sich nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten richten. In honigsüßen Worten schwärmen sie vor unseren Genossen jetzt mehr denn je von proletarischen Einheitsfront, die sie doch zerschlagen haben. Der Zweck der Werbung ist lediglich, an die sozialdemokratischen Anhänger leichter heranzukommen, um dann ihre Zerstörungsarbeit in unserer Partei möglichst erfolgreich fortsetzen zu können.

Mag irgend welcher Kommunist sich noch so sehr den Anschein eines wohlmeinenden Wiedermeiers geben, er ist nach den Weisungen seiner übergeordneten Instanzen auf jeden Fall zur Bildung von Zellen und Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften, Genossenschaften usw. verpflichtet.

In der reichsdeutschen „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 27. Februar lesen wir folgendes: „Die kommunistische Partei hat für die Tätigkeit ihrer Anhänger in den Konsumgenossenschaften neue Richtlinien herausgegeben, die eine einzige Säufung von Verstößen gegen das Genossenschaftsgesetz, gegen die Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, seiner Kreisverbände und der einzelnen Konsumgenossenschaft darstellen.“

Daß die Absicht, die Konsumvereine in den parteipolitischen Kampf hineinzuzerren, bei den Kommunisten von jeher bestanden hat, und daß von jeher mit allen möglichen Mitteln versucht worden ist, sie durchzuführen, ist bekannt. Wir können daher die langwierigen Ausführungen über den Zweck der kommunistischen Genossenschaftstätigkeit und die Anweisungen über den Aufbau von Betriebs- und Straßenzellen sowie Zellengruppen übergehen und uns mit der Wiedergabe der entscheidenden Bestimmungen begnügen. Da heißt es:

Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder: Die kommunistischen Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats müssen vor jeder Sitzung eine Vorbereitungsversammlung, um das Auftreten in der Sitzung festzulegen. Sie bekommen ihre Aufgaben und Direktiven zur Arbeit und für die Stellungnahme zu den verschiedenen Fragen vom Vorstand der Gesamtfraktion. In den Vorbereitungen wird ein Vertreter der Betriebszelle des Genossenschaftsbetriebs hinzugezogen.

Fraktionsleitung: Die Gesamtfraktion muß zur Leitung der Arbeit einen Vorstand einsetzen, der aus fünf bis sieben Genossen bestehen soll. Im Vorstände muß möglichst jede örtliche Fraktion eine Vertretung besitzen. Der Vorsitzende des Vorstandes darf kein Angestellter der Genossenschaft sein. Die Leitung darf keineswegs in der Mehrheit aus Angestellten bestehen; die Angestellten müssen in der Minderheit sein. Außerdem gehört zum Fraktionsvorstand ein Vertreter der Betriebszelle des Genossenschaftsbetriebs sowie der zuständigen Parteileitung. Der Fraktionsvorstand muß regelmäßig allmonatlich Berichte über die Arbeit an die Parteileitung abliefern.

Fraktion und Parteileitung: Die Gesamtfraktion sowie die einzelnen Fraktionsgruppen sind keineswegs selbständige Organe neben der Partei. Sie sind nur durchführende Organe der Partei. Alle gesuchten Beschlüsse bedürfen der Zustimmung der zuständigen Parteileitung und besitzen erst dann Gültigkeit. Die zuständige Parteileitung für die Gesamtfraktion ist je nach der Struktur z. T. die Bezirksleitung, Unterbezirks- oder Ortsgruppenleitung. Für die örtliche Fraktion ist die Ortsgruppen- bzw. Stadtteilleitung zuständig.

Hierzu bemerkt die Redaktion der „Gewerkschaftlichen Rundschau“:

Diese Richtlinien geben einen guten Einblick, mit welcher Systematik die Kommunisten die Ausschöpfung und Eroberung der ihnen

Tagesneuigkeiten.

Trotz alledem!

Das war 'ne heiße Märzzeit, Trotz Regen, Schnee und alledem! Nun aber, da es Blüten schneit, Nun ist es kalt, trotz alledem! Trotz alledem und alledem — Trotz Wien, Berlin und alledem — Ein schönder scharfer Winterwind Durchströht uns trotz alledem!

Das ist der Wind der Reaktion Mit Weltau, Reis und alledem! Das ist die Vorgehilfe am Thron — Der onnoch steht trotz alledem! Trotz alledem und alledem, Trotz Blutschuld, Trug und alledem Er steht noch, und er hubelt uns Wie früher fast, trotz alledem!

Die Waffen, die der Sieg uns gab, Der Sieg des Rechts trotz alledem, Die nimmt man saht uns wieder ab Samt Kraut und Lot und alledem. Trotz alledem und alledem — Trotz Parlament und alledem — Wir werden unsre Büchsen los, Soldatenwid trotz alledem!

Doch sind wir frisch und wohlgenut Und jagen nicht trotz alledem! Im tiefer Brust des Jornes Gurt, Die hält uns warm trotz alledem! Trotz alledem und alledem. Es gilt uns gleich trotz alledem! Wir schüteln uns: Ein garst'ger Wind, Doch weiter nichts trotz alledem!

Dem ob der Reichstag sich blamiert Professorkraft, trotz alledem! Und ob der Teufel reagiert Mit Euf und Horn und alledem — Trotz alledem und alledem, Trotz Dummheit, List und alledem, Wir wissen doch: die Menschlichkeit Behält den Sieg trotz alledem!

So füllt denn nur der Mörser Schlund Mit Eisen, Blei und alledem: Wir halten uns auf unserm Grund, Wir wanken nicht trotz alledem! Trotz alledem und alledem! Und mach' ihr's gar, trotz alledem, Wie zu Reapel jener Schuft: Das hilft erst recht, trotz alledem!

Nur, was zersällt, vertrittet ihr! Seid Kasten nur, trotz alledem! Wir sind das Volk, die Menschheit wir, Sind ewig drum, trotz alledem! Trotz alledem und alledem: So kommt denn an, trotz alledem! Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht — Unser die Welt trotz alledem!

Ferdinand Freiligrath.

Die Elektrifizierung der Bahnhöfe Prags.

Prag, 16. März. Offiziös wird gemeldet: Die Elektrifizierung der Prager Bahnhöfe nähert sich nunmehr, da die erste Versuchlokomotive die Werkstätte verläßt, rasch ihrer Verwirklichung. Für die Ladung der Lokomotive ist am Wilsonbahnhof eine neue Ladestation gebaut worden. In die Station ist vom Prager Netz ein Dreiphasenlabel von 3000 Volt und ein Gleichstromlabel aus der Zentrale Zizkow von 500 Volt geleitet. Die Ladestation für die Akkumulatoren-Lokomotive wird in einem Anbau an den Transformator der im Wilsonbahnhofs befindlichen Gleichstromstation geladen werden. Die normale Leistung dieser Station wird nach Fertigstellung 500 Kw. betragen, mit Rücksicht auf die vorgeschriebene Ueberlastung während zweier Stunden 7500 Kw. Die Nebenstation wird durch zwei Kabel von 3mal 50 Mm. im Durchschnitt an die Holschewitzer Zentrale angeschlossen, wodurch der Vierstrom dreiphasig mit einer Spannung von 22.000 Volt sein wird. Inzwischen arbeitet die Rolben-Fabrik an dem Bau und der Aufstellung von zwei weiteren Rotations-Kondensatoren, von denen einer für eine Leistung von 10.000, der andere für 2000 Kw. bestimmt ist. Die Nebenstation von 1500 Volt Gleichstrom wird fünf Zweigstellen mit Strom versorgen. Der Bau der Oberleitung wurde vier Firmen übertragen, und zwar: die Werke Prag-Wilsonbhf. exkl. Bysozauer Bahnhof inkl. Ausgleichverbindung—Lieben und der Station Lieben der Firma Cestomoravka-Rolben; die Strecke Weinberger Tunnel, die Strecke Prag-Wilsonbhf.—Russe-Brävice und Prag-Wilsonbhf.—Smichov und Bylehrad den Stadawerken; die Strecke Prag-Masarykbahnhof exkl. Lieben über die Strabovka und ein

bisher nicht gefügigen Organisationen betreiben. Daß dies nicht nur in den Gewerkschaften und Genossenschaften geschieht, sondern auch in allen übrigen proletarischen Organisationen, das kann man als ganz selbstverständlich annehmen. Darum kann man unseren Parteifreunden nicht oft genug sagen, wie kritisch und vorsichtig sie sich gegenüber den Kommunisten, diesen roten Jesuiten, verhalten sollen. Das bekannte Wort von den Wölfen im Schafspelge trifft hier wirklich zu. Die Leitung des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“ macht mit kommunistischen Quertreibern keinen langen Prozeß. Wer von den Angestellten sich nach den Richtlinien hält, wird entlassen, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ihres Amtes enthoben, eventuell ganze Genossenschaften ausgeschlossen.

Teil der Geleise am Masarykbahnhof der Cestomoravka und Atizil. Die Elektrifizierung des Wilsonbahnhofs wurde A.-E.-S. Union in Prag übertragen. Die Firmen, denen der Bau der Oberleitung übertragen wurde, haben jede einige Paare Verbindungen verschiedener Systeme zur Probe geliefert. Die verwendeten Systeme werden zum größten Teile aus Eisengitterkonstruktion hergestellt, ein Teil wird aus stählischen Gründen aus Mannesmannmasten bestehen. Für die Oberleitung wurden 16 neue Lokomotiven bestellt, wobei darauf geachtet wurde, daß diese Maschinen zur Gewinnung von Erfahrungen dienen sollen, nach denen dann später eine Type gewählt werden soll, die sich für unsere Verhältnisse am besten eignet. Aus diesem Grund wurden bei jeder Fabrik 2, eventuell 3 bis 5 Lokomotiven gleicher Type bestellt.

Amerikas größte Städte.

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten beträgt gegenwärtig rund 115 Millionen. Von diesen dürfte nahezu ein Fünftel in den achtzehn Großstädten mit über 400.000 Einwohnern leben; wenn man die mittleren und kleineren Städte dazu rechnet, so können 55 Prozent der gesamten Bevölkerung der Vereinigten Staaten als Städter bezeichnet werden; die übrigen 45 Prozent sind dann richtige landwirtschaftliche Bevölkerung. Immerhin ist die Landwirtschaft, die vor wenigen Jahren geradezu besorgniserregend war, einigermaßen zum Stillstand gekommen.

Vor fünfundsiebenzig Jahren waren die zehn größten amerikanischen Städte: New York, Chicago, Philadelphia, St. Louis, Boston, Baltimore, Pittsburgh, Cleveland, Buffalo und San Francisco. Zehn Jahre später standen die drei ersten und größten immer noch am selben Platz, aber in den unteren Regionen hatte sich allerlei verschoben, vor allem durch den Aufschwung der Automobilindustrie, durch die Hochflut der Einwanderung und durch die Flucht vom Lande in die Städte. Detroit, das zur Jahrhundertwende noch keine 300.000 Einwohner hatte, war zehn Jahre später nahe an die halbe Million gerückt und hatte Buffalo und San Francisco überholt; heute steht es mit einer Bevölkerung von 1.242.044 an vierter Stelle unter den Großstädten des Landes. Cleveland schnellte in diesen Jahren von 381.000 auf 500.000 Einwohner, in der nächsten Dekade auf 796.000 und ist heute mit 986.485 die fünfgrößte amerikanische Stadt. Den Schnelllebensrhythmus aber hat Los Angeles erzielt, das seit Beginn des Jahrhunderts von 102.000 auf 725.000 Einwohner emporgeschwungen ist, ein Aufschwung, den es lediglich seiner Filmindustrie, das heißt letzten Endes seinen landwirtschaftlichen Schönheiten verdankt.

Die drei ersten Städte, New York, Chicago und Philadelphia, haben die Führerplätze wohl behauptet, aber sie sind nicht mehr die einzigen mit siebenstelligen Einwohnerzahlen und die nächsten Großstädte beginnen rasch aufzurücken. Die Einwohnerzahlen der achtzehn größten Städte der Vereinigten Staaten betragen im Jahre 1925:

New York 6.103.384, Chicago 2.995.239, Philadelphia 1.979.364, Detroit 1.242.044, Cleveland 986.485, St. Louis 821.543, Baltimore 796.296, Boston 781.529, Los Angeles 727.102, Pittsburgh 631.563, San Francisco 557.530, Buffalo 539.016, Milwaukee 509.192, Washington 497.906, Newark 452.513, Minneapolis 425.435, New Orleans 414.413, Cincinnati 409.333.

Das neue Wien. Jeder Bücherfreund kennt die zahllosen Werke, die seit vielen Jahren über Wien, das alte Kulturzentrum, erschienen sind. Die Gemeinde Wien hat es nun unternommen, die Herausgabe eines der größten Werke über Wien anzugehen und zu fördern. Allerdings wird sich dieses Werk ausschließlich mit dem neuen Wien beschäftigen, das gerade in der Nachkriegszeit aufbauarbeiten geleistet hat, welche wohl in der ganzen Welt beachtet wurden, deren Zusammenfassung im Rahmen eines solchen Werkes aber dem Wunsch einer großen Anzahl von Interessenten entsprach. Dieses Standardwerk moderner Kommunalpolitik wird einen Ueberblick über die in Wien der Nachkriegszeit geleisteten Aufbauarbeiten gewähren und die Gesichtspunkte darstellen, nach denen diese Arbeiten geleistet wurden. Die Mannigfaltigkeit dieser Aufgaben und ihre Schilderung durch die berufenen Fachleute werden „Das neue Wien“, das vierbändige Werk, zu einem wichtigen Nachschlagewerk machen. Der moderne Kommunalpolitiker wird darin die Nutzen und Erfolge der Verwaltung einer Großstadt verfolgen können, der Arzt und Soziologe die sozialpolitischen und hygienischen Maßnahmen einer modernen Verwaltung, der Architekt und Baumeister das Werden von neuen Formen des Wohnbaues und Siedlungs-

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, den 18. d. M.

Prag, 16.30: Konzert; 18.00: Deutsche Sendung. Genosse Fischer-Streitmann vom Prager Deutschen Theater: Rezitation von Gedichten anlässlich des 50. Todestages Freiligraths; 20.02: Konzert. — Brünn, 19.00: Konzert; 20.10: Lustiger Abend. — London, 21.00: Symphoniekonzert. — Paris, 21.45: Konzert. — Berlin, 21.00: Orchesterkonzert. Stuttgart, 20.00: Eine Frühlingssahrt durch deutsche Gauen. — Leipzig, 20.15: Dresdner Abend. — Breslau, 20.30: Kammermusik. — München, 19.30: Konzert. — Frankfurt, 21.15: „Judiths Ehe“. — Wien, 20.15: Konzertakademie. — Zürich, 20.30: Buntes Programm.

Programm für morgen, den 19. d. M.

Prag, 16.30: Konzert; 19.30: Konzert aus der Lugana. — Brünn, 19.00: Konzert; 20.10: „Aus Clo-Clo“. — London, 20.25: Webers Klavierkonzert. — Paris, 21.45: Konzert. — Berlin, 19.00: „Freischütz“. — Stuttgart, 20.00: Konzert. — Leipzig, 20.15: Konzert. — Breslau, 20.10: Autorenabend. — München, 19.00: „Rheingold“. — Frankfurt, 20.00: Konzert. — Wien, 20.15: „Erde“. — Zürich, 20.30: Orgelkonzert.

baues, der Techniker und Industrielle die Darstellung der in Wien geleisteten technischen Aufgaben. Für den Kaufmann wird „das neue Wien“, zu dessen Herausgabe eine eigene Geschäftsstelle (Wien 8., Josefstadtstraße 29) errichtet wurde, einen Ueberblick über die Produktionsverhältnisse der österreichischen Industrie geben. Die Vorbereitungen zu dieser großen Publikation sind bereits so weit gediehen, daß in den allernächsten Wochen mit dem Erscheinen des ersten Bandes dieser größten Publikation über das Wien der Nachkriegszeit zu rechnen ist.

Die holländische Sozialdemokratie berichtet dem Rotterdamer Parteitag über einen erfreulichen Aufstieg. Am 31. Dezember 1925 zählte die holländische Partei 41.221 Mitglieder, darunter 30.883 Männer und 10.338 Frauen. Ein großer Erfolg waren die Juliwahlen. Während noch im Jahre 1918 nur 296.000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, stieg die Stimmenzahl der Partei bei den Wahlen 1922 auf 567.700 und im Juli 1925 auf 706.700 — ein Viertel aller abgegebenen Stimmen.

Der Nilsburger Katzenmord. In Nilsburg wurden vor einigen Tagen zwei Frauen von zwei Katzen gebissen. Daraufhin gab die politische Bezirksverwaltung dem Stadtrat den Auftrag, sämtliche Katzen in Nilsburg zu vernichten. Der Stadtrat nahm sich ein rühmliches Vorbild an seinem Bundesweiser Kollegen und befolgte prompt den Befehl des Höheren. Die armen Tiere wurden in einer unserem Zeitalter der „Humanität“ und der Technik entsprechenden Form, und zwar mittels des elektrischen Stromes ins Jenseits befördert.

Eugen B. Debs, der greise Vorkämpfer der amerikanischen Arbeiterbewegung, der während des Weltkrieges gegen den Eintritt Amerikas in den Krieg kämpfte, war dafür am 12. September 1918 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gleichzeitig wurde ihm auch das amerikanische Staatsbürgerrecht aberkannt. Nach mehr als zweieinhalb Jahren Gefängnis wurde er zu Weihnachten 1921 vom Präsidenten Harding amnestiert, aber sein Staatsbürgerrecht erlangte er nicht wieder. Der sozialistische Abg. Victor L. Berger brachte nun im Kongreß einen Antrag ein, Debs die Staatsbürgerschaft wieder zuzuerkennen. Die Begründung weist daraufhin, daß Debs viermal der sozialistische Präsidentschaftskandidat gewesen ist, und daß in keinem anderen Lande der Welt eine derartige Strafe auf kriegsgegnerische Propaganda gesetzt sei. „Es ist lediglich eine Schande für das Land und nicht für Debs, wenn diesem sein Staatsbürgerrecht geraubt bleibt.“ Debs selbst führt gleichzeitig einen erbitterten Kampf um die Amnestierung Anita Whitney's, die wegen eines Verstoßes gegen das berüchtigte „criminal syndicalism law“ zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurteilt wurde, ohne daß jedoch ihre Richter es bis jetzt gewagt hätten, die Inhaftsetzung Anita Whitney's anzurufen.

Erweiterung des Prager Messeländes. Die Messeländchen, die in bedeutend vergrößerterem Maßstabe, als ursprünglich geplant, in Angriff genommen werden mußten, schreiten nur langsam vorwärts. Infolgedessen sah sich die Messeleitung genötigt, auf dem neuen Ausstellungsgebäude einen 12.000 Quadratmeter umfassenden Pavillon aufzustellen, der schon anlässlich der diesjährigen 12. Prager Frühjahrsmesse (21. bis 28. März 1926) benützt werden wird. Die Anzahl der Aussteller für die 12. Frühjahrsmesse beträgt 2374, was die höchste Ziffer der bisherigen Prager Messe-Aussteller darstellt. Die von diesen Ausstellern beanspruchte Fläche überschreitet 26.000 Quadratmeter.

Flugverkehr Prag-Brünn. Der Verkehr auf den staatlichen Fluglinien, der am 15. d. M. aufgenommen wurde, ist durch Einführung von Flugzeugen größerer Tragfähigkeit charakterisiert, weiter durch die Aufnahme des Brünn-er Flugplatzes in den regelmäßigen Betrieb. Bis Ende der Woche werden alle sieben neuen Flugzeugtypen Havilland, die im Inlande erzeugt wurden, sowie ein englisches Original dem Betriebe übergeben. Der Personenflugverkehr von und nach Brünn wird am 1. Mai aufgenommen, ebenso die Gepäcksbeförderung.

Kaiserjägerhauptmann a. D. und Mädchenhändler. In Pöchlarn wurde unter dem Verdacht einer Mädchenhändlergesellschaft angeschlossen...

Ein deutscher Index zur Sammlung der Gesetze und Verordnungen für die Jahre 1918 bis 1925. Der im Vorjahre in tschechischer Sprache zur Ausgabe gelangte alphanumerische Index...

Holländisches Mittelalter. Der holländische Pastor Dr. Geelkerken ist, nachdem er endgültig die Verpflichtung abgelehnt hatte, die biblische Geschichte vom Sündenfall in streng dogmatischem Sinne vorzutragen...

Die Gültigkeitdauer einfacher und Retourfahrtscheine ist auf gewissen Strecken im Prager Nahverkehr (Prag-Vorstadt und Prag-Perast) versuchsweise ab 20. d. M. auf drei Tage verlängert worden.

Prager Chronik. Ein Unternehmer hat in Prag-Ordleitz ein einstöckiges Haus mit zehn Wohnungen gebaut. Die Bewohner der Kellerräume mußten ihm 5000 K in bar und 1600 K Jahreszins zahlen...

Wetterübersicht vom 17. März. Dienstag nahmen die Bewölkung und die Niederschläge in der ganzen Republik ab. Meßbare Niederschläge von 1

Kopf und Arm der Feme.

Am Samstag fand durch einen Untersuchungsausschuß des Preussischen Gemeindefiskus die Vernehmung von Schulz und Klapproth im Moabitler Untersuchungsgefängnis statt. Ein Teilnehmer der Sitzung gibt uns die nachstehende Schilderung:

Die Tür des Konferenzzimmers springt auf, mit drei dröhnenden Schritten stürmt ein Mann herein, knallt die Türen zu und steht dann vor dem Ausschuß: stämmig, wohlgenährt, breiter Rundschädel mit schwarzer Haarbürste, grobe, aber nicht unintelligente Züge. Das ist Oberleutnant a. D. Schulz, Haupt und Seele der Schwarzen Reichswehr,

der Mann, auf dessen Wink ein Dutzend Menschen in stillen Kasematten und auf abgelegenen Schießplätzen spurlos verschwanden. Durchaus keine Offizierserscheinung, nichts aristokratisches in Gestalt, Sprache oder Bewegung. Aber doch ein Energietypus besonderer Art, buldoggenmäßig, dabei nicht ohne starke Selbstgefälligkeit.

Das Rätsel löst sich bald. Schulz ist aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangen. Im Kriege wurde er auf dem Schlachtfelde zum Leutnant befördert. Daher das starke Selbstbewußtsein des Mannes, der aus eigener Kraft scheinbar unüberwindliche Standesgrenzen übersprungen hat. Man fühlt den Stolz des ehemaligen „Spinners“, dessen Kommando sich in der Blütezeit der Schwarzen Reichswehr sogar im Range höherstehende „wirkliche“ Offiziere gefügt haben, der formell Adjutant, in Wirklichkeit der Vorgesetzte des Major Buchruder gewesen ist. Dabei sind gewisse Volkseinstimmungen in ihm wach geblieben. Er fühlt instinktmäßig, daß die andern, die „wirklichen“ Offiziere, wenn sie sich ihm auch fügen, ihn doch nicht als einen der ihren, als gesellschaftlich Gleichberechtigten anerkennen. Mit erhöhter Stimme und starker Betonung des Wortes spricht Schulz von den „Aristokraten“, die ihn jetzt verraten und an die Gerichte ausgeliefert hätten.

Auf die vorgelegten Fragen antwortet Schulz ruhig, ziemlich wortreich, wobei er mit Vorliebe die Hände zwischen den Schenkeln gegeneinander reibt. Er selbst macht auch einen geriebenen Eindruck. Sehr bald stellt sich heraus, daß ihm das Untersuchungsthema durch Zeitungslektüre genau bekannt ist. Er erkennt sofort die Bedeutung scheinbar harmloser Fragen, ist genau im Bilde und wendet alles an, um seine Hintermänner zu decken. Insbesondere springt er jederzeit für die deutschnationalen Abgeordneten Meyer und Behrens ein. Das einzig neue, was in dem dreistündigen Verhör bekannt wird, ist der Weg, auf dem Schulz zum Zentralarbeiterverband gekommen ist. Durch den Ruhrkampf ist Schulz mit dem jetzigen deutschnationalen Landtagsabgeordneten Jahnke bekannt geworden, den Schulz als „Chef der Sabotageaktionen“ im Ruhrgebiet bezeichnet. Ihn hat Schulz durch Zuweisung geeigneter Kräfte unterstützt. Mit Jahnke arbeitete Schulz in Hand der christliche Gewerkschaftssekretär Gutschke vom Christlichen Eisenbahnerverband, zugleich stellvertretendes Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Gutschke hat den Schulz, als dieser nach dem Rührerputsch existenzlos war, an den Christlichen Zentralverband der Landarbeiter verwiesen und auf seine Empfehlung hin ist Schulz ohne weiteres durch den deutschnationalen Abg. Meyer-Hermendorf eingestellt worden.

Diese Dinge wie die Geschichte seines selbständigen Quartiers im Hause des Zentralarbeiter-

bis 2 Millimeter Menge melden vorwiegend Südböhmen und Südmähren. Die Temperatur erreichte nur vereinzelt 5 bis 7 Grad Celsius, u. zw. im Süden der Republik; im Norden stieg sie höchstens auf 3 Grad; Troppau hatte nur 2 Grad. Mittwoch trat in der ganzen Republik in allen Höhenlagen Frost ein. Die stärkste Abkühlung hat der Westen und Süden der Republik. (Eger und Stara Zala verzeichnen - 5 Gr.). Wahrscheinliches Wetter von Donnerstag: Vorwiegend bewölkt, keine oder nur leichte Niederschläge, Temperatur unter normal, mäßiger Nordwestwind.

Das Theatre Variete in Karolinenthal begann am Dienstag mit einem neuen Programm von außergewöhnlich guter Qualität insbesondere im zweiten Teil. (Aus der ersten Abteilung sind ein guter Kunststicker, ein tüchtiger Nodelleur und besonders Charles Leb mit seinen hervorragenden Affendressuren zu erwähnen.) Doch den Höhepunkt bildet To Rhama, dieses einzigartige menschliche Phänomen, das diesmal den Zuschauer noch mehr in seinen Bann schlägt als bei seinem letzten Antritt. Seine Hypnosen von Raubtieren (einem Adler, einem Uhu, einem Krokodil und zwei Löwen) grenzen tatsächlich an Wunderbare. Es ist ein unvergleichliches Schauspiel, wie To Rhama diese Bestien mit seinen Händen bis zur völligen Willenslosigkeit niederzwingt, ja sie in einen todähnlichen Zustand versetzt. Die Spannung bei dieser Vorführung wird dann wohlwiegend durch die ausgezeichnete Luftakrobatik der reizenden Clara und durch die kleine Emma abgelöst, ein Wunderkind, das auf fünfundzwanzig Instrumenten alle Stückelein spielt. Dann gibt es noch einen Jongleurakt Perezoff's und seiner Gesellschaft, die alles auf diesem Gebiete bisher Dagewesene überbieten und zum Schluß amüsante Schatten-spiele voll brasilischer Wirkung. Alles in allem eine hübsche Gelegenheit, drei volle Stunden verträglich totzuschlagen, wenn man dazu Zeit, Lust und Geld hat.

terverbandes trägt Schulz mit großer Ruhe vor, bestrebt, auch das Auffälligste möglichst harmlos erscheinen zu lassen. Erregt wird er nur, wenn er — programmwidrig — auf das gegen ihn schwebende Verfahren kommt, wozu er jede Gelegenheit wahrnimmt. Dann dröhnen seine Zähne, Faust und Absatz schlagen den Takt:

„Ich bin von nationaler Seite verraten worden“,

so schmettert er dreimal hervor. „Zwei Aristokraten und ein Offizier haben mich denunziert.“ Man fühlt hindurch: Nach dem Fehlschlag des Putsches ist Schulz für seine Freunde bloß noch der Unteroffizier, auf den nach bewährten Mustern möglichst alle Schuld der Herren abgewälzt wird.

Am Politik will sich Schulz absolut nicht kümmern haben. Mit kluger Berechnung streut er Sätze ein, die für jede Partei ausrechenbar sind: Auch mit Zentrumsabgeordneten habe er verkehrt, so mit dem Reichstagsabgeordneten Brüning. Im Ruhrkampf seien die schneidigsten Sabotagegeschichten von Kommunisten ausgeführt worden. Immer wieder klirrt der Landknechtston durch: Ich bin Soldat, will Soldat sein; wer mich als solchen gewähren läßt, der hat mich, und wenn es der Teufel wär.

Freilich kommt dann der „unpolitische“ Schulz in ein seltsames Licht, als man ihm seine öffentlichen Reden vorklärt. Das seien nur Zedern- und Bismarckfeiern gewesen, Reden rein soldatlichen Inhalts. — Reden auf Bismarck, den Politiker? — Aber Herr Schulz erklärt strahlend, er habe Bismarck als — Soldaten gefeiert!

Bei all dem bleibt doch der Eindruck bestehen, daß dieser zugleich naive und raffinierte, brutale und verslagene Mann, daß diese Mischung von Feldwebel und Offizier auf eine Horde zusammengelaufener Landsknechte stärksten Einflusses ausüben konnte. Für diese heimatlosen, entwurzelten Existenzen konnte ein Schulz schon so etwas wie eine Autorität bedeuten. Gehört er doch selbst zu den Heimatlosen: „Ich habe im Krieg meine Eltern verloren und stehe allein.“

Aber der nachdenklichste Eindruck, den dieses Wort hinterläßt, verfliegt, als nach Schulz der

Feldwebel Klapproth

hereingerufen wird. Jenes war der Kopf der Feme, nun kommt sein ausführender Arm, der mit Eisenstange und Revolver die Todesurteile vollstreckte. Und dieser Arm nimmt dem Kopf die letzten Sympathien. Das ist reinste Verbrecherphysiognomie, niedrige Stirn, schwe Augen, die fleischgewordene Brutalität in Gestalt eines baumlangen Weggergessenen. Klapproth antwortet nicht. Während Schulz offensichtlich noch ganz in seinen Plänen und Ideen lebt, den Kampf nicht nur um seinen Kopf, sondern auch um seine Sache führt, ist Klapproth dumpf, abstoßend, einfüßig. Auf Fragen brummt er widerwillig ein kurzes „Das weiß ich nicht“ oder „Das habe ich vergessen“. Nach ein paar Sätzen hat er genug, steht auf und erklärt, nichts mehr sagen zu wollen. Man läßt ihn gehen. Während Schulz mit knallenden Schritten und militärischem Gruß abgetreten ist, taumelt Klapproth ungeschickte Figur ebenso teilnahmslos hinaus wie er gekommen. Aber trotzdem ist er es, der einen lebendigen Eindruck der Feme und ihres Geistes hinterläßt. Die Morde in den Kasematten, auf den Schießplätzen haben auf einmal ein Gesicht bekommen, sind aus aktionmäßigen Daten für die Ausschußmitglieder erkennbare, plastische Ereignisse geworden.

Volkswirtschaft. Die Nebenregierung der Industriellervereine.

Mißbrauch der staatlichen Gewalt zu wirtschaftlichen Repressalien.

Die Sen. Genossen Dr. Heller, Karolik und Gen haben an den Herrn Minister für soziale Fürsorge, betreffend das Einschreiten bei einer Firma wegen der Nationalität der daselbst beschäftigten Arbeiter, folgende Interpellation gerichtet:

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat mit dem Erlasse vom 4. Mai 1925, §. 11.195 die politische Bezirksverwaltung in Teplitz Schönau beauftragt, vertraulich zu erheben und mitzuteilen, wie das zahlenmäßige Verhältnis der bei der Firma Purkert in Wistritz beschäftigten Arbeiter tschechischer Nationalität zu den Arbeitern deutscher Nationalität in den Jahren 1923 und 1924 war und wie dieses Verhältnis jetzt ist.

Dieser Erlaß beruht auf einem seitens der Narodni jednota severočeská in Prag an das Ministerium für soziale Fürsorge gerichteten Schreiben vom 27. April 1925 nachstehenden Inhaltes: „Der Vertrauensmann teilt uns mit, daß die Firma Purkert in Wistritz bei Teplitz Schönau früher tschechische Arbeiter entlassen hat und jetzt seinen tschechischen Arbeiter in die Arbeit aufnimmt, trotzdem diese staatliche Lieferungen erhält. Wir machen auf diese Firma aufmerksam und ersuchen höflich um Einschreiten, damit diese gezwungen wird, auch tschechische Arbeiter zu beschäftigen.“

Wir bemerken nur nebstbei, daß die Erhebungen ein negatives Resultat hatten, daß sich

VERLANGT UERERALL



die Unwahrheit der in dem Schreiben enthaltenen Angaben ergab.

Ganz unfaßlich ist es aber, daß das denunziatorische und diktorische („gezwungen wird“) Treiben der Jednota geduldet, ja sogar vom Ministerium gefördert wird, indem solche Zuschriften, anstatt sie energisch zurückzuweisen, tatsächlich den Erfolg haben, daß sie zu amtlichen Erhebungen führen. Wir vermuten, daß dies nicht der erste Fall eines amtlichen Einschreitens gleicher oder ähnlicher Art war, das auf Grund solcher Zuschriften erfolgte. Es hat den Anschein, als bestünde hier eine Art Nebenregierung der tschechischen Vereine neben der offiziellen der Nationalversammlung verantwortlichen Regierung.

Wir kennen aber auch kein Gesetz, das dem Ministerium das Recht gibt, in die Freiheit von Unternehmungen bezüglich der Aufnahme von Arbeitern in dieser Weise einzugreifen. Wir erblicken darin ein ungeheures Eingreifen des Ministeriums, das zum Zwecke haben soll,

Unternehmer zu zwingen, Arbeiter einer bestimmten, und zwar der tschechischen Nationalität aufzunehmen,

widrigenfalls sie mit wirtschaftlichen Nachteilen, der Entziehung staatlicher Aufträge bedroht werden.

Hierdurch wird aber die Arbeitslosigkeit in diesem Gebiete gerade seitens jenes Amtes gefördert, das sich die soziale Fürsorge zur Aufgabe gemacht hat. Diese Angelegenheit fordert eine volle Aufklärung, weshalb wir den Herrn Minister fragen:

Ist der vorliegende Fall der erste und einzige, der zu einem solchen oder ähnlichen Einschreiten der Regierung auf Grund einer Anzeige der „Narodni jednota severočeská“ oder einer ähnlichen Organisation führte?

Wenn ja, wie kann die Regierung eine solche ungeheuerliche, das nationale und wirtschaftliche Zusammenleben in diesem Staate störende Tätigkeit dieser Organisationen dulden?

Welches Gesetz gibt dem Ministerium das Recht zu solchen Erhebungen?

Ist das Ministerium bereit, ähnliche Eingaben in Zukunft als zu einem amtlichen Einschreiten nicht geeignet, zurückzuweisen?

Ueber die Genossenschaftsverbände in der tschechisch-slowakischen Republik bringt Daten für das Jahr 1924 Nummer 5 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“. Hier sind zum erstenmal Angaben über sämtliche Genossenschaftsverbände überhaupt aus dem ganzen Staatsgebiete zusammengefaßt, ohne Rücksicht darauf, ob es Zentralstellen von Kreditgenossenschaften oder anderer Genossenschaften sind. Die Verbände sind hier territorial nach ihrer Tätigkeit (Verwaltung, Revision, Handel, Geldgeschäfte) und Geschäftssprache gegliedert. Von den 57 Genossenschaftsverbänden, auf welche sich die Erhebung bezieht, vereinigt die meisten Mitglieder in sich die „Ustredni jednota hospodarskych družstev v Prag“. Nach dem Stande vom 31. Dezember 1924 zählte sie 2531 Mitglieder, und zwar drei Genossenschaftsverbände, 1688 Kreditgenossenschaften, 746 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (mit Ausschluß der Kreditgenossenschaften), 14 Gesellschaften m. b. S., eine landwirtschaftliche Vereinigung, 80 physische Personen, ein sonstiges Mitglied. Von den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (mit Ausschluß der Kreditgenossenschaften) waren 705 landwirtschaftliche und drei gewerbliche Genossenschaften (selbständiger Gewerbetreibender), sechs Anstalten, 17 Pausen-genossenschaften und elf sonstige Genossenschaften. — Das Ustredni družstvo in Přebuz zählte zu derselben Zeit 1693 Mitglieder, davon 426 Kreditgenossenschaften, 1109 andere Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (davon 1068 landwirtschaftliche, 14 gewerbliche (selbständiger Gewerbetreibender), 27 Pausen-genossenschaften) und 158 physische Personen. Der Ustredni svaz slovenskych družstev in Prag zählte Ende 1924 1289 Mitglieder, davon 18 Kreditgenossenschaften, 1271 andere Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, und zwar: 230 landwirtschaftliche, 247 gewerbliche (Arbeiter-Produktionsgenossenschaften), 108 Konsumgenossenschaften, 230 Pausen-genossenschaften, 106 sonstige Genossenschaften. Die erwähnte Nummer der „Mitteilungen“ bringt außer der Mitgliederzahl auch Aufweise über die Aktiva, Passiva, Kosten, Ertragsanteile und die Verteilung des Gewinnes dieser Verbände und über die Entwicklung der Zahl der Verbandmitglieder vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1924.

Aus der Partei.

Die Brüner Kreis-Konferenz.

Am 14. März sind die Vertrauensmänner des Brüner Kreises zur ersten Beratung ihrer agitatorischen und organisatorischen Aufgaben zusammengetreten. Diese Beratung fällt in eine wirtschaftlich und politisch schwere Zeit. Von Leuerung, einder Entlohnung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die drückend und peinlich auf der Arbeiterschaft der ganzen Republik lasten, ist auch das weite Gebiet des Brüner Kreises nicht verschont geblieben; die politische Entwicklung dieses Staates mit der wachsenden Reaktion auf allen Gebieten, mit der von den obersten Regierungsstellen genährten und ermutigten Willkür und Brutalität der Behörden ist geeignet, die Hoffnungen des deutschen Proletariates umso mehr herabzudrücken, als ihm seine Aufgaben durch die Spaltungsarbeit der Kommunisten auf der einen Seite, durch das sozialistische Verhalten der tschechischen Sozialdemokratie auf der anderen Seite erschwert werden. Nichts wäre verständlicher als Pessimismus und Müdigkeit, als Schwäche und Rückgang, trotzdem gerade die angeführten Tatsachen eine Steigerung aller Kräfte lebensnotwendig machen, trotzdem die Partei von ihren Mitgliedern in solchen Zeiten eine Erhöhung ihrer idealen Energie und der materiellen Opfer fordern muß.

Welch überraschend erfreuliches Bild bot aber in Wirklichkeit die Kreis-Konferenz! Starke Beschäftigung, unbesiegbare Kampfesfreude, trotz Hemmungen und Hindernissen vorbereitete Opferwilligkeit, Höhe der Auffassung, Verständnis für das, was die Stunde erfordert, in den Ausführungen der Referenten und der Debatte.

Der Bericht des Kreissekretärs Gen. Wellan zeigte, daß es trotz aller Schwierigkeiten wieder vorwärts und aufwärts geht, daß das vergangene Jahr eine reiche Veranlassungstätigkeit auswies, daß die Wahlen die Organisation auf ihrer organisatorischen Höhe ertwicfen, daß neben dem politischen Zweige der Arbeiterbewegung auch die anderen wachsen und blühen. Was Gen. Schwoiger in der Schilderung des Lebens unserer Kulturorganisation, der Kinderfreundebewegung, des Bildungs- und Vortragswesens in seiner bekannten liebevollen Hingabe an die von ihm betrauten Aufgaben mitteilte, was Genoffin Drabal mit ihrer glänzenden Beredsamkeit, mit ihrer tiefgründigen originellen Auffassung über unsere Frauenbewegung, über das Gemende und Fördernde zu sagen hatte, über die Konferenzteilnehmer die tiefste Wirkung. Unser lieber Gast, Genoffin Olga Platny, gab wichtige Ergänzungen, die sich auf das Problem unserer gesamten Frauenorganisation bezogen. Aber auch die wenig erfreuliche Notwendigkeit einer Erhöhung der Mitgliedsbeiträge zeigte die Konferenz auf der Höhe des Verständnisses und des Verantwortlichkeitsgefühles. Nachdem Genoffe Dr. Czoch über die Umorganisation des Kreises, über die durch seine Größe notwendig gewordene Teilung in einen Brüner und einen südwestböhmischen Kreis berichtet und die Unvermeidlichkeit einer Beitragserhöhung für die umfassenderen Parteiaufgaben und für die hinzukommenden agitatorischen und organisatorischen Aufgaben des neuen Kreises nachgewiesen hatte, schloß sich daran eine lebhafteste Debatte. Diese zeigte zweierlei: Es gibt keinen Vertrauensmann, denn es an dem Verständnis für die gegenwärtige wirtschaftliche Not der Arbeiterklasse fehlt, der nicht die Schwierigkeit erkennen würde, jetzt für die Erhöhung des Parteibeitrages in den Organisationen einzuwirken zu müssen. Aber es gibt auch keinen einzigen, dem nicht die Verantwortung für die gedeihliche Entwicklung der Partei das oberste Gesetz

wäre, der nicht entschlossen wäre, mit dem Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit für das notwendig erkannte einzustehen und zu wirken. Dies besonders erfreuliche Resultat der Debatte über diesen wichtigen Punkt bewies, daß der gute Geist unserer Partei auch unter den Vertrauensmännern des Brüner Kreises stark und lebendig ist.

Die Verhandlungen der Kreis-Konferenz fanden ihren Abschluß in dem überaus lehrreichen und aufklärenden Referate des Genossen Riechner über die politische Lage. Seine Schilderung der erschreckenden Zustände des Staates, der Regierung, der Mehrheitsparteien, seine Klärung der Politik unserer Partei, der vorausschicklichen Entwicklung der Verhältnisse weckten das stärkste Interesse und die intensivste Aufmerksamkeit aller Konferenzteilnehmer. Es war schöne und nützliche Arbeit, welche die von Genossen Edmund Bipal geleitete Konferenz geleistet, es war guter sozialistischer Geist, der sie befechtete. Wohlbegründet ist die Hoffnung, daß von dieser Kreis-Konferenz, von den auf ihr gefaßten Beschlüssen eine treffliche Wirkung ausgehen wird, die zu einer weiteren Kräftigung der im Brüner Kreise gelagerten Organisationen, zu einer weiteren Verdichtung des Organisationsnetzes führen und uns eine neue Welle sozialistischen Lebens zu bringen verpricht. Mit Genugtuung und Freude blicken wir auf die arbeitsreiche Tagung zurück.

Kunst und Wissen.

Die Prager deutsche Musikakademie, die sich schon vor mehr als einem halben Jahre in ihrer finanziellen Bedrängnis an die tschechische Öffentlichkeit um Unterstützung gewendet hat (über die damalige außerordentliche Versammlung wurde auch in unserem Blatte referiert), kämpft nach wie vor mit den ärgsten materiellen Schwierigkeiten, da die bisher für sie aufgebrauchten Unterstützungen lächerlich und bescheiden gering sind. Wenn nicht endlich eine bessere Einsicht in den Hörsen und Gebildeten der tschechischen Besitzklasse Platz greift, droht dem Weiterbestehen unserer höheren tschechischen Musikschule ernsthafte Gefahr. Am Dienstag hat die Akademie wieder einmal einen ihrer vorbildlichen öffentlichen Musikabende veranstaltet, der diesmal doppeltes Interesse verdient, weil er ein erstklassiges Kammermusikprogramm bot. Was ereignete sich aber? Der Saal des „Mozarteums“ war kaum zu einem Drittel besetzt, was beweist, daß die Teilnahme der Prager Deutschen nur vernünftigen Veranstaltungen sicher ist, nicht aber solchen, die dem edleren Zwecke der Erhaltung der eigenen tschechischen Kunst dienen. Die Mentalität des Prager tschechischen Publikums in diesem besonderen Falle ist aber symptomatisch für die Denkart der Deutschen in unserem Staate in der brennenden Frage des Bestandes oder Nichtbestandes unserer tschechischen Musikakademie überhaupt. Zur Konzertveranstaltung selbst ist zu berichten, daß sie erstklassige kammermusikalische Genüsse in musterhafter Ausführung bot. Man hörte Joh. Brahms' prachtvolle H-Moll-Sonate für Klarinette und Klavier, von Walter Fürtst mit bewundernswürdiger technischer Reife und musikalischer Intelligenz gespielt, eine interessante kompositorische Neuheit, „Variationen and Fuge“ von dem Hinz-Schüler Edward Weinast, ein im nachromantischen Stile gehaltenes, viel Talent offenbarendes, nur in der zu kurz geratenen Fuge daneben geschriebenes Opus, Cesar Francks Violinsonate in A-Dur, die in der reichbegabten, wieder durch ihren glänzenden Ton und vollen Strich auffallenden jugendbegeisterten Margarete Hönel eine kunstbegeisterte und positionierte Interpretin fand, und schließlich ein selten gehörtes Trio für Klarinette, Viola und Klavier von Mozart. —ef.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag Tanz-Abend Grete Wiesenthal — Toni Birkmeyer. Freitag 7 Uhr abends „Die Teresina“, Samstag 6 Uhr abends, Gastspiel Karl Aagaard — Dettwig — Josef Schwarz: „Die Meisterfinger von Nürnberg“. Sonntag 11 Uhr vormittags Kammermusik; halb 3 Uhr nachmittags Arbeiter-Vorstellung „Der Maskenball“; abends 7 Uhr „Die Geisha“, Montag 7 Uhr „Die heilige Johanna“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag abends „Ramselle Ritouche“, Freitag Bankbeamtenvorst. „Der Liebestrank“, Samstag abends „Jonny's Busenfreund“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Das Kamel geht durch ein Nadelöhr“, abends halb 8 Uhr „Der wahre Jakob“, Montag „Die Mama vom Ballett“.

Die nächste Schauspielnovität „Der frühliche Weinberg“. Das Schauspiel bereitet für die nächste Woche die Erstaufführung des Lustspiels „Der frühliche Weinberg“ von Carl Zuckmayer vor.

Turnen und Sport.

Wintersportliche Wettkämpfe des reichsdeutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Ober-Wiesenthal am 13. und 14. März l. J. Nach einigen Verschiebungen konnten endlich die Meisterschaftskämpfe durchgeführt werden. Der am Freitag einsetzende Regen hätte allerdings der ganzen Wintersportbetätigung ein jähes Ende bereitet. Erst in den höheren Lagen über 1000 Mtr. gab es geschlossene Schneeflächen. Sonntag große Freude für die Wintersportler. Neuschnee, kalt, kurz, ein richtiges Wintersportwetter. Der Arbeiter-Turn- und Sportverband in der Tschechoslowakei hatte zu den Wettkämpfen an die 40 Wintersportler gestellt. Die Begrüßung unserer Sportler war eine überaus herzliche. Die Resultate zeigten, daß der Wintersport innerhalb des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportverbandes der Tschechoslowakei auf einer respektablen Höhe steht. Wir konnten in allen Kamparten, außer dem 3 Kilometer-Hindernislauf und einer Jugendstaffette, die ersten Preise belegen. Genosse Thomas-Marienberg kam beim Hindernislauf, trotz Bruch eines Schies mit nur einem Ski als zweiter herein. Die ersten drei Stellen in den Kämpfen zeigten folgendes Ergebnis: 3 Kilometer-Langlauf: 1. Bermann, B. Wiesenthal, 25 Min. 2. Beier, B. Wiesenthal 27 Min. 3. Kling, O. Wiesenthal (Deutschland) 28 Min. 3 Sek. 4 Kilometer-Langlauf (Schüler): 1. Günther, Ober-Wiesenthal (Deutschland) 28 Min. 14 Sek., 2. Günther, Böhm.-Wiesenthal 14 Min. 32 Sek., 3. Köhler, Ober-Wiesenthal (Deutschland) 15 Min. 7 Sek. — Sprunglauf der Schüler: 1. Günther, Walter, B. Wiesenthal (16,5 Meter), 2. Ullmann, Ober-Wiesenthal (16 Meter), 3. Raben, ein, B. Wiesenthal (16,5 Meter). — Sprunglauf der Jugend: 1. Lorenz, B. Wiesenthal (19,5 Meter), 2. Feiz, Dessen-dorf (18,5 Meter), 3. Adolf, Oberhöhenelbe (17,5 M.). — Langlauf der Jugend 10 Kilometer: 1. Dorn, Dessen-dorf 55 Min. 12 Sek., 2. Feiz, Dessen-dorf 57 Min. 22 Sek., 3. Sonntag, Neudorf (Deutschland) 1 St., 5 Lun 4 Sek. — Langlauf 6 Kilometer, Sportlerinnen: 1. Förner Zelma, Marienberg 28 Min. 50 Sek., 2. Thomas Adele, Marienberg 30 Min. 9 Sek., 3. Hauser Rosa, Johannegeorgenstadt (Deutschland) 30 Min. 26 Sek. — Jugendstaffette, 4 mal 1000 Meter: 1. O. Wiesenthal (Deutschland) 12 Min. 1 Sek., 2. Böhm.-Wiesenthal 12 Min. 12 Sek. — Sportler-Mannschaftsläufen 10 Kilometer: 1. Gablonz 58 L. in 30 Sek. 2. B. Wiesenthal 1 Stb. 1 Min. 12 Sek., 3. Chemnitz (Deutschland) 1 Stb. 16 Min. 17 Sek. — Sportler 20 Kilometer-Lang-

lauf: 1. Thomas, Marienberg 1 Stb. 34 Min. 30 Sek., 2. Steinmüller, Schwaderbach 1 Stb. 44 Min. 47 Sek., 3. Thomas, Oberhöhenelbe 1 Stb. 47 Min. 50 Sek., 4. Weichhart, Schreiberhau (Deutschl.) 1 Stb. 48 Min. 38 Sek. — Sportler 12 Kilometer-Langlauf: 1. Thomas, Marienberg 1 Stb. 8 Min. 25 Sek., 2. Burger, Gablonz 1 Stb. 14 Min. 8 Sek., 3. Hermann, Buchholz (Deutschland) 1 Stb. 17 Min. 15 Sek. — Sportler Hindernislauf 3 Kilometer: 1. Dienert, Altenburg (Deutschland) 4 Min., 2. Thomas, Marienberg 4 Min. 21 Sek., 3. Schöler, Gablonz 4 Min. 26 Sek. — Sportler zusammen gesetzter Lauf, 10 Kilometer Langlauf und Springen: 1. Langhammer Schwaderbach, 2. Neuhäuser, Gablonz, 3. Schöler Gablonz — Hauptspringen der Sportler Bei dieser prächtigen Leistung fielen die Leistungen unserer Springer allgemein auf. Haltung, Linienführung und Stilleinheit des Sprunges beherzlichen fast alle Springer. 1. Langhammer, Schwaderbach 30 Meter (Sprung 34 Meter außer Wettbewerb), 2. Fahl, Oberhöhenelbe 29,5 Meter, 3. Hönig, Dessen-dorf, 30 Meter. Auch die nächsten vier Plätze wurden von unseren Sportlern belegt. Beste reichsdeutsche Leistung: Leonhardt, Johannegeorgenstadt, 21,5 Meter. Ein ausführlicher Bericht und vollständige Rangliste folgt in der illustrierten Sportzeitung „Freier Sport“, deren Abonnement wir allen sportfreundlichen Parteigenossen empfehlen.

Der Deutsche Hochschüler, die völkische Organisation der studierenden Jugend Deutschlands, nimmt in der „Deutschen Turnzeitung“ Stellung zu den bürgerlichen Olympischen Spielen. Er begrüßt, so erklärt er, die Veranstaltung von Länderspielen mit bestreuten und friedlichen Völkern. Dagegen lehnt er Spiele mit Bedrückern des deutschen Volkes ab. „Der D. H. S. spricht sich“, heißt es wörtlich, „gegen eine Teilnahme an den internationalen Olympischen Spielen 1928 in Amsterdam aus, solange ein Feind auf deutschem Boden steht und kein Gottesfrieden herrscht.“ Und großschmeißig, wie es sich völkischer Jugend ziemt, wird versichert, daß man sich einig wisse mit der gesamten „deutschführenden“ Hochschülerjugend. All den bürgerlichen Sportlern, die in zwei Jahren sich in Amsterdam an der Olympiade beteiligen werden, wird hier kurzerhand aberkannt, daß sie „deutsch fühlen“. Wie die Alten, so die Jungen! Aber diese Jugend will in kommander Zeit nicht nur auf dem Gebiete des Sports, sondern überhaupt die geistige Führung des deutschen Volkes übernehmen.

Die Weltmeisterschaft im Billard gewann in Philadelphia der Deutsche Erich Hagenlocher gegen Jake Schäfer mit 1500:1346.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riechner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT
Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeindefräu und Kaufleuten zur Herstellung von Druckrechen wie: Tabellen, Böden, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungen, Faktoren, Einladungen, Plakate, Flug-schriften, Kartons, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU
Vlachergasse Nr. 6

Kleine Chronik.

Eine Stadt auf Wanderung.

Australiens neue Hauptstadt.

Aus Australien kommt die Meldung, daß das neu gewählte Bundesparlament im August in der neuen australischen Bundeshauptstadt Canberra zusammenzutreten wird. Diese Nachricht lenkt die Aufmerksamkeit auf die interessante Tatsache, daß man in Australien daran gegangen ist, sich eine völlig neue Hauptstadt zu bauen. Wir bringen im nachfolgenden einen Bericht des „Daily Mail“-Korrespondenten.

Wenn man zu einem Mitglied der Bundesregierung, das gemütlich in der komfortablen Stadt Melbourne wohnt, „Canberra“ sagt, wird es augenblicklich ein Raub der Melancholie.

Deute in zehn Monaten ist Australiens Hauptstadt von ihrem historischen Grund bis auf den Boden abgebrochen. Sie wird an die Pänge von Canberra verpflanzt werden. Das Parlament wird in einem dürftigen weichen Gebäude hausen, das jetzt noch unter den Händen der Zimmerleute und Maurer ist. Die Minister werden ihren Luxus auf die Umgebung einfacher Bungalows beschränken, und die Frauen und Töchter der Bürokratie werden das Vergnügen an den großen Melbourne Kauf-läden gegen ein Warenhaus eintauschen müssen. Heroische Rückkehr zur Lebensführung der ersten Pioniere im Land. Australien hat angefangen, seinen Traum zu verwirklichen: den Traum einer neuen, auf Bestellung fabrizierten Hauptstadt.

Überlegenheit sind gehäht. Besser eine Bungalow-Stadt auf neutralem Boden als eine fertige, rings von Streitigkeiten umgeben.

Wenn sie erst in Dauerform neu aufgebaut sein wird von einer zukünftigen — und glücklicheren — Generation, dann haben wir in Canberra eine der schönsten Hauptstädte der Welt.

Ihr Baugrund ist ein wundervolles Becken, umhüllt von den Hügeln in der Nähe des Dorfes Canberra mit seiner alten Kirche und dem Straf-gelände. — Einige der umgebenden Berge erreichen fast 1800 Meter. Der Abhang selbst ist kühl und wind-geschützt und liegt 600 Meter über dem Meere. Canberra ist 204 Meilen von Sydney, 429 Meilen von Melbourne, 912 Meilen von Brisbane entfernt — also weit genug von der nächsten eisfächtigen Stadt, um seine eigene Individualität zu behaupten.

Keine werdende Hauptstadt würde je mit größerer Sorgfalt entworfen. Sogar die Frage der Bepflanzung und die Wahl der Bäume hat wissenschaftliche Beachtung gefunden, und eine Reihe von Jahren hat eine Regierungs-Pflanzschule die Fähigkeit verschiedener exotischer Gewächse geprüft und die lebens-unfähigen ausgeschlossen. Es wurden erschöpfende Feststellungen über Windströmungen, Klima und Bodenbeschaffenheit gemacht.

Das ständige Regierungsgebäude wird einen Hügel krönen; von ihm strahlen Boulevards aus, von Federn und Palmen gesäumt. Gärten, große Parks und öffentliche Gebäude sollen eine unbedingte Harmonie bilden. Die Aufforstung hat bereits in großem Maßstab begonnen, 530.000 Bäume hat man auf dem Mount Strombo angepflanzt.

Doch Canberras erstes Stadium wird von diesem hohen Ideal weit entfernt sein. Peinlich, doch äußerst bescheidene Bungalows werden für den Generalkommissar, den Premierminister, den Senatspräsidenten und den Sprecher des Hauses errichtet.

Im nächsten Frühjahr werden 6000 Auswanderer überfließen. Die Überfüllung des Parlaments um-faßt den Verwaltungsapparat des Premierministers, den Kronanwalt, den Feinab- und Territorial-

minister, die Stäbe des Zoll- und Gesundheitsamtes und das Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Zurück bleibt nur eine dürftige Nachhut einschließlich so glücklicher Diener der Öffentlichkeit, wie die Beamten der meteorologischen und statistischen Ämter.

Der Umzugstag bringt 111 Parlamentsmitglieder mit ihren Familien nach der interimistischen Bungalow-Stadt, die dort Behausung suchen. Mit ihnen treffen 1000 besoldete Angestellte der Regierung ein — das ergibt mit den Leuten der Druckerei und anderer wesentlicher Büros — eine Gesamtsumme von über 3000 Menschen. Dazu kann man nochmals 1000 Beamte der Polizei, des Gesundheitsamtes und der neuen Schulen rechnen und doppelt so viel Kaufleute und Schachfensterbauer.

Wege, Brücken, Eisenbahn, Wasserzufuhr, tele-graphische und telephonische Anlagen haben eine Riesearbeit gefordert — und nur die Kosten bis zum heutigen Tage haben genügt, den Steuerzahler umfächer zu machen. Er fragt sehr bestimmt, ob die Neugründung wirklich den Preis wert ist, der gezahlt werden soll.

Eine Stimme überdient alles mit ängstlicher Verzweiflung, es ist die Stimme der Bürokraten, die von ihrem bequem Melbourne losgerissen werden.

Die böse Frau als Lebensregier.

Alle die Männer, die unter den Nörgelosen und Vordirektoren ihrer Frauen stöhnen, sollten ihnen eigentlich aus tiefster Seele dankbar sein, denn nur ihnen haben sie es zu verdanken, wenn sie sich recht lange des schönen Sonnenlichts erfreuen dürfen. Der selbige Sokrates hatte recht, wenn er die manch-mal sogar handgreiflichen Vorstellungen seiner Kanthippe mit Gleichmut und gutem Humor ertrug, denn sie haben gewiß nicht wenig zu seiner philosophischen Lebensauffassung und zu seinem Wohlbefinden beigetragen.

und seine zunächst etwas überraschend klingende These stützt er auf unanfechtbare Zahlen der Statistik. Die Todesziffer der Junggefallen ist in den letzten 30 Jahren mehr als doppelt so groß gewesen als die der verheirateten Männer desselben Alters. Während die Todesziffer der verheirateten Männer zwischen 30 und 39 Jahren nur 5,9 beträgt, ist die der Junggefallen 12,9. Unverheiratete Männer zwischen 40 und 49 Jahren sterben in einem Prozentfuß von 19,5, während die entsprechende Zahl bei den Verheirateten nur 9,5 ist. Die Chemänner haben sogar in dem hohen Alter von 70 bis 79 Jahren in ihren Lebensansprüchen noch einen beträchtlichen Vorteil vor den Junggefallen. Die Gründe für dieses Weiterwerden der verheirateten Männer „ucht frül vor allem darin, daß sie in ihrer Frau ein „Lebenselixier“ besitzen, und zwar hält er die zänkische Frau für viel wirksamer als die gutmütige und nachgiebige. Die „Kanthippe“ sorgt für die Spannung, für den ständigen Kampf, in dem sich die Lebenskräfte stärken und erhalten.

„Es ist kein Wunder, daß Junggefallen mehr als doppelt so rasch sterben, als ihre Brüder, die von ihren Frauen sorgfältig behütet und gepflegt werden. Die meisten Junggefallen ernähren sich vom Gasthaushalten, das mit der häuslichen Küche an Güte nicht verglichen werden kann. Aber es sind nicht nur schlechte Ernährung oder unbeachtete Erlässungen, die den Junggefallen ins frühe Grab schieben. Viele von ihnen sterben frühzeitig, weil sie den Willen zum Leben verloren haben, weil keine vitalen Interessen sie ans Leben binden, weil ihnen jene großen und keinen Sorgen fehlen, wie sie Frau und Familie mit sich bringen, und gerade diese binden den Menschen so fest ans Dasein. Ein Mann kann nicht cir so wichtiges Gefühl wie den Vaterinstinkt unterdrücken, ohne dadurch Gefahr zu laufen, seine ganz Bestesstellung zu schädigen. Eine bestimmte Menge von Verantwortung und Sorgen ist notwendig für die Gesundheit des Geistes und der Seele. Diejenigen, die von ihrer Frau nicht geübert werden, denen nicht der Unersatz und das Glück der Familie beständig zu schaffen machen, werden leicht apathisch, verlieren die Lebenskraft und sterben daher leichter.“

In diesen Tagen unaufrichtlichen Borgens und Anwachens der öffentlichen Schuld wurde die Absicht, gleich eine interimistische Hauptstadt zu gründen, stark in Frage gestellt. Doch wissenschaftliche Eifer sucht mächtiger als die Ratsschläge einer vorsichtigen Minorität von Ratsgebern, Die Tage von Melbourne

Das eine zänkische Frau der „große Erhalter der Gesundheit“ für den Mann ist, behauptet wenigstens der Direktor des berühmten New Yorker Instituts für Lebensverlängerung, Dr. Eugene S. Pitt,